



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2020

Martin Oliver Zinner

**Wahlverhalten bei der
Europawahl 2019 – „EU issue
voting“ oder doch „still second
order“?.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Daniela Braun
2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 3
2. Theoretischer Kontext: „EU-issue voting“ vs. „second order election“	S. 5
2.1 Europawahlen als „second order election“	S. 5
2.2 Politisierung des Europathemas	S. 7
2.3 „EU-issue voting“ in nationalen Wahlen und Europawahlen	S. 8
2.4 Kontrollvariablen	S. 13
3. Datengrundlage und methodische Vorbemerkungen	S. 16
3.1 Operationalisierung	S. 16
3.2 Regressionsmodell	S. 17
3.3 Fallauswahl	S. 18
4. Empirische Ergebnisse und Diskussion	S. 20
4.1 Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse	S. 20
4.2 Kritische Würdigung der Ergebnisse sowie der bestehenden Literatur	S. 28
5. Die Europawahl 2019 – „still second order“?	S. 36
6. Fazit	S. 40
Eigenständigkeitserklärung	S. 43
Literaturverzeichnis	S. 44

1. Einleitung

„Perhaps the most important aspect of second order elections is that there is less at stake“ (Reif & Schmitt 1980)

„In wenigen Wochen wird die Europawahl über die Zukunft unseres Kontinents entscheiden. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war Europa so wichtig. Und doch war Europa noch nie in so großer Gefahr“ (Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 4. März 2019 in einem öffentlichen Brief an alle Bürgerinnen und Bürger der EU)

„Ich glaube, es ist tatsächlich eine Schicksalswahl“ (Frans Timmermans, Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten über die Europawahl 2019)

In den Wochen vor der Europawahl im Mai 2019 war in den Medien, im Hinblick auf dieses Ereignis, oft von einer „Schicksalswahl für Europa“ die Rede. Gleichzeitig wiesen Politiker wie Emmanuel Macron oder Frans Timmermans im Vorfeld mehrfach auf die Wichtigkeit dieser Wahl hin. Im Zentrum hierbei stand häufig die Auseinandersetzung Pro-Europäer gegen Anti-Europäer, Weiterführung der Europäischen Integration gegen Nationalismus (vgl. ZEIT 18/2019).

In der Politikwissenschaft werden Europawahlen seit jeher als „second order election“ angesehen (vgl. Reif & Schmitt 1980). Da dort weniger auf dem Spiel steht als bei nationalen Wahlen, spielen die tatsächlichen europäischen Themen nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen werden Wahlentscheidungen genauso auf Basis nationaler Sachverhalte getroffen (Reif & Schmitt 1980: 9). Doch lässt sich angesichts des zugeschriebenen Stellenwertes der Europawahl 2019 seitens der Öffentlichkeit immer noch von einer „second order election“ sprechen, bei der in Wirklichkeit nationale Themen ausschlaggebend für Wahlentscheidungen sind? Oder haben politische Ereignisse der vergangenen Jahre wie der Brexit, die Flüchtlingskrise, die Klimadebatte oder das Erstarken anti-europäischer Kräfte zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt, das die Europawahl 2019 erstmals zu einer

wirklichen Europawahl gemacht hat? In dieser Bachelorarbeit geht es folglich um diese Frage: Hatte das Europathema einen Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019?

Für den politikwissenschaftlichen Diskurs liefert eine solche Arbeit einen relevanten Beitrag, da erstmals neuestes Datenmaterial der Europawahl 2019 die Datengrundlage stellt. Somit helfen die Ergebnisse bei der Beantwortung der Frage, wie sich die zu Beginn erwähnten politischen Ereignisse der vergangenen fünf Jahre auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei Europawahlen ausgewirkt haben. Damit einher geht auch die Frage, ob die bedeutende Theorie der „second order election“ auf die Wahl 2019 immer noch angewendet werden kann, oder ob die Theorie des „EU issue voting“ bezogen auf Europawahlen mittlerweile mehr Erklärungskraft besitzt.

Auch im Hinblick auf die europäische Gesellschaft stellt die vorliegende Arbeit einen relevanten Beitrag dar. Das Europäische Parlament ist diejenige Instanz, die die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger vertreten soll (vgl. Lelieveldt & Princen 2015: 49). Folglich sollten bei Wahlen zum Europäischen Parlament auch tatsächlich europäische Themen ausschlaggebend für die Wahlentscheidung der Menschen sein. Ist dies nicht der Fall und Europawahlen haben stattdessen eher die Funktion einer nationalen Nebenwahl (vgl. Reif & Schmitt 1980), lässt dies darauf schließen, dass die EU nicht in der Lage ist, die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger angemessen zu vertreten.

Somit kann diese Arbeit auf ein solches eventuell immer noch bestehendes Defizit aufmerksam machen und damit die gesellschaftlich relevante Frage beantworten, ob das Europäische Parlament tatsächlich in der Lage ist, das umzusetzen, was es verspricht.

Vor allem aber kann die Arbeit einen relevanten Beitrag für alle Menschen in Europa leisten, für die die Wahlen zum Europäischen Parlament tatsächlich nationale Nebenwahlen sind, indem sie möglicherweise in der Lage ist, die Einstellung dieser Menschen zu Europawahlen zu verändern.

Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit somit um einen vergleichenden Theorietest mit quantitativ-empirischem Ansatz. Der Aufbau der Arbeit gestaltet sich so: im folgenden Kapitel werden die beiden gegensätzlichen Theorien der „second order election“ und des „EU-issue voting“ anhand der relevanten Literatur aufgearbeitet und gegenübergestellt. Gleichzeitig wird durch die Politisierungsthese theoretisch begründet, welche Argumente bei der

Europawahl 2019 gegen eine „second order election“ sprechen. Hieraus ergeben sich mehrere Forschungshypothesen. Diese werden im Anschluss anhand einer logistischen Regressionsanalyse empirisch getestet. Zuvor werden allerdings noch die Datengrundlage, die Operationalisierung sowie das methodische Vorgehen erläutert. Nach der Ergebnisdiskussion werden sowohl die eigenen Ergebnisse als auch die bestehende Literatur einer kritischen Würdigung unterzogen. Abschließend werden alle Ergebnisse zusammengetragen und somit eine Antwort auf die Forschungsfrage gegeben, ob bei der Europawahl 2019 auch wirklich europäische Themen im Vordergrund standen oder ob stattdessen der alternative Erklärungsansatz der „second order election“ vorzuziehen ist.

2. Theoretischer Kontext: “EU issue voting” vs. “Second Order Election”

2.1 Europawahlen als „second order election“

Europawahlen gelten in der Politikwissenschaft seit jeher als „second order election“ (vgl. Reif & Schmitt 1980). Diese zeichnen sich hauptsächlich durch das aus, was in der Literatur unter der Formulierung „less is at stake“ verstanden wird. Schließlich wird bei Europawahlen „nur“ das institutionell eher schwach gestellte Europäische Parlament gewählt, also keine Institution, die im politischen System der EU eine Führungsrolle einnimmt (Reif & Schmitt 1980: 12). Somit steht bei Wahlen auf der „zweiten Ebene“ weniger auf dem Spiel als bei Wahlen auf der nationalen Hauptebene, wodurch WählerInnen ihr Wahlverhalten im Vergleich zu nationalen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen ändern (Reif & Schmitt 1980: 8-9). Konkret bedeutet das, dass die Europawahl entweder als Protestwahl verstanden wird, mit der die WählerInnen ihren Unmut über die nationale Regierung ausdrücken. Oder aber die Wahlentscheidung fällt auf eine Partei, die tatsächlich am nächsten zu ihrem eigenen politischen Standpunkt liegt, anstatt auf eine Partei, die aus strategischen Gründen gewählt wird (Hobolt & Spoon 2012: 702-703; Reif & Schmitt 1980: 9). So kommen nach der Theorie von Reif & Schmitt (1980) Wahlentscheidungen bei Europawahlen zwar auch auf Basis europäischer Themen zustande, das politische Geschehen auf der nationalen Ebene beeinflusst die Stimmgebung jedoch genauso (Reif & Schmitt 1980: 9). Aus dieser Theorie

lassen sich drei Eigenschaften ableiten, die Europawahlen von nationalen Wahlen unterscheiden: geringere Wahlbeteiligungen bei Europawahlen, bessere Ergebnisse für kleinere und neuere Parteien sowie Stimmenverluste für Parteien, die auf nationaler Ebene in Regierungsverantwortung stehen. Dies gilt dann besonders, wenn die Europawahl in der Mitte der nationalen Wahlperiode stattfindet (Reif & Schmitt 1980: 9-10; Marsh 1998: 606).

Obwohl die Theorie der „second order election“ bereits unmittelbar nach der ersten Europawahl 1979 begründet wurde, hat sie sich bis heute als Erklärungsansatz für Wahlverhalten bei Europawahlen weitgehend durchgesetzt. Auch der Kompetenzgewinn des Europäischen Parlaments über die Jahre konnte nur wenig daran ändern, dass diese Wahlen nicht über den Status einer nationalen Nebenwahl hinauskamen (Schmitt 2005: 668). In den Augen vieler AutorInnen sind Europawahlen daher nach wie vor nicht in der Lage, die ursprünglich erhoffte Verbindung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern herzustellen (z.B. Hobolt 2015: 7; Hix & Marsh 2007: 507).

Empirische Evidenz hierfür finden Hix & Marsh (2007). Für ihre Studie verwenden sie einen Datensatz, der Material von allen Europawahlen zwischen 1979 und 2004 aus allen damals 25 Mitgliedsstaaten der EU umfasst. Zwar stellen sie fest, dass die Europawahl 2004 keine reine „second order election“ war, da es auch vereinzelte Effekte von europäischen Themen gegeben hat. Diese fielen jedoch vergleichsweise schwach aus und sind auch nicht mit dem Kompetenzgewinn des Europäischen Parlaments angestiegen (Hix & Marsh 2007: 506). So kommen die Autoren zu dem Schluss, dass auch 2004 die Europawahl nicht von der Einstellung der WählerInnen zur EU motiviert war. Statt einem Protest gegen die EU, ging es vielmehr darum, die nationale Regierung durch die Wahl zu bestrafen (Hix & Marsh 2007: 507).

Zu dem gleichen Ergebnis für die Europawahl 2004 kommt Schmitt (2005). Dass bis zu diesem Jahr alle bisherigen Europawahlen den Status einer „second order election“ hatten, liegt aus seiner Sicht daran, dass die BürgerInnen der Europäischen Union die Bedeutung des Europaparlaments für die Politik der EU nicht erkennen, obwohl die politischen Entscheidungen der EU ihr alltägliches Leben betreffen (Schmitt 2005: 668). Darüber hinaus fehlt dem Europäischen Parlament der politische Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition. Auch die Tatsache, dass die Politik der EU nicht ausreichend an Persönlichkeiten geknüpft ist, sieht Schmitt (2005) als Defizit an (Schmitt 2005: 668-669).

2.2 Politisierung des Europathemas

Dass Europawahlen bislang eher nationale Nebenwahlen waren, anstatt politische Wettbewerbe um europäische Themen, wurde in der Literatur häufig mit dem geringen Ausmaß der Salienz des Europathemas begründet (Hobolt & Spoon 2012: 702; Schmitt 2005: 669). Neuere wissenschaftliche Auseinandersetzungen kommen jedoch zu dem Schluss, dass der Europäische Integrationsprozess in westeuropäischen Ländern politischen Konflikt hervorgebracht hat, der sich in öffentlichen Debatten, nationalen Wahlen und sozialen Bewegungen über dieses Thema ausgedrückt hat. Diese drehen sich besonders um Themen wie die EU-Mitgliedschaft bestimmter Staaten oder aber auch den Kompetenztransfer von nationalen Zuständigkeiten auf supranationale Institutionen wie der EU (Grande & Kriesi 2016: 280).

Das Ausmaß des politischen Konflikts gibt Auskunft darüber, ob und wie eine Politisierung des Europathemas stattgefunden hat (Grande & Hutter 2016: 7-8). Um empirisch zu messen, ob der Europäische Integrationsprozess politisiert wurde, sollten drei Dimensionen berücksichtigt werden. Erstens die Salienz des EU-Themas. Schließlich können nur Themen politisiert werden, die öffentlich debattiert werden (Grande & Hutter 2016: 8). Für eine Politisierung ist es zudem wichtig, dass das Thema nicht nur innerhalb der politischen Elite, sondern besonders im Zusammenhang mit Wahlen und politischem Protest, also von einer Reihe unterschiedlicher Akteure, debattiert wird. Als dritte Dimension muss es über das Thema konkurrierende politische Debatten geben und somit eine Polarisierung stattfinden (Grande & Hutter 2016: 8-10). Ob diese drei Dimensionen erfüllt sind, lässt sich beobachten, indem die öffentlichen Debatten über die Schritte der Integration, die Bedeutung für nationale Wahlkämpfe sowie die Möglichkeit für politischen Protest über die EU analysiert werden, da es für jeden möglich sein sollte, über einen der drei Wege politischen Konflikt zu organisieren (Dolezal et al. 2016: 39-42).

Dass eine solche Politisierung bei der Europäischen Integration stattgefunden hat, begründen Hooghe & Marks (2008). Für sie war der Vertrag von Maastricht hierfür das ausschlaggebende Ereignis, da er erstmals eine öffentliche Debatte darüber ausgelöst hat, ob der Kompetenztransfer an die Europäische Union die nationale Souveränität einschränkt (Hooghe & Marks 2008: 7; 21). Seit diesem Zeitpunkt, lässt sich die Bedeutung der EU aus Sicht der

Autoren folgendermaßen zusammenfassen: „EU decisions are no longer the exclusive terrain of elites; EU decisions now also engage political parties, social movements, and public opinion. The result is greater divergence of politically relevant perceptions and a correspondingly constricted scope of agreement“ (Hooghe & Marks 2012: 848-849). Damit einher geht auch die Behauptung, dass seitdem bei der Europäischen Integration nicht mehr von einem „permissiven Konsensus“ die Rede sein kann (Tillman 2004: 591; Hooghe & Marks 2008: 5; Hobolt & Spoon 2012: 716).

Evidenz für eine Politisierung finden auch Grande & Kriesi (2016). Sie untersuchen die Politisierung des Europathemas in fünf westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten über den Zeitraum zwischen 1970 und 2012 unter Berücksichtigung besonderer Ereignisse, wie beispielsweise dem Vertrag von Maastricht oder der Debatte um EU-Mitgliedschaften in Osteuropa sowie der Türkei (Grande & Kriesi 2016: 279). Dabei stellen sie allerdings fest, dass es keine kontinuierlich ansteigende Politisierung seit dem Vertrag von Maastricht gegeben hat, sondern dieser Vertrag eher als „Peak“ der Politisierungsentwicklung zu verstehen ist. Darüber hinaus waren auch schon bereits in den frühen 1970er Jahren erste Politisierungstendenzen sichtbar (Grande & Kriesi 2016: 281). Dazu kommen Unterschiede in der Politisierung hinsichtlich der untersuchten Länder, sowie hinsichtlich der öffentlichen Debatten, nationalen Wahlen sowie sozialen Bewegungen, die generelle Aussagen über Politisierung erschweren (Grande & Kriesi 2016: 282-283). Diese divergierenden Ergebnisse fassen die Autoren mit der Aussage zusammen: „It looks more like a patchwork of politicising moments across European countries than a uniform trend which can be located more or less precisely in time“ (Grande & Kriesi 2016: 283).

2.3 „EU-issue voting“ in nationalen Wahlen und Europawahlen

Aufgrund dieser Einschränkungen in der Politisierung des Europathemas sprechen Grande & Kriesi (2016: 283) eher von einer „*punctuated politicisation*“ in Bezug auf die EU. Jedoch stellen sich bereits 2004 Van der Eijk & Franklin die Frage, wie lange noch die Einstellung zur Europäischen Integration als tatsächlich ausschlaggebendes Kriterium bei Wahlentscheidungen anderen Themen weichen muss (Van der Eijk & Franklin 2004: 47). Sie bezeichnen diese Einstellung für oder gegen die EU als „‘sleeping giant’ that has the potential,

if awakened, to impel voters to political behavior that [...] undercuts the bases for contemporary party mobilization in many, if not most, European polities” (Van der Eijk & Franklin 2004: 32-33). Viele Jahre später stellen Grande & Hutter (2016) bezogen auf die nationale Wahlarena fest: „The sleeping giant has been awakening!“ (Grande & Hutter 2016: 110). Die Frage, die es nun also zu untersuchen gilt, lautet, ob angesichts dieser beobachteten Politisierung sowie der gestiegenen Salienz die These des „sleeping giant“ mittlerweile auf Europawahlen anwendbar ist. Gibt es im Wahlverhalten so etwas wie einen politischen „Spillover“-Effekt, also ein Überschwappen des Europathemas von der nationalen Wahlebene auf die europäische (vgl. Tömmel 2014: 10)? Hobolt & Spoon (2012) erklären in Bezug auf Europawahlen, dass mit steigender Politisierung des Europathemas die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die Parteieinstellungen gegenüber der EU ausschlaggebend für die Wahlentscheidung werden, und das obwohl es sich aus ihrer Sicht um eine „second order election“ handelt. Das liegt daran, dass eine steigende Politisierung das Europathema einerseits salienter macht, andererseits die Parteipositionen zur EU deutlicher heraushebt (Hobolt & Spoon 2012: 717; 719). So fanden sich in Bezug auf die Europawahlen der Jahre 2009 und 2014 Studien, die empirische Evidenz dafür finden, dass die Wahlentscheidungen davon bestimmt waren, wie WählerInnen die EU beurteilen. Somit wird für die Europawahl 2019 ebenfalls erwartet, dass die Einstellung zur EU das ausschlaggebende Kriterium für die Wahlentscheidung gewesen ist und es sich dieses Mal nicht um eine nationale Nebenwahl gehandelt hat. Somit lautet die erste Hypothese, die im Zuge der empirischen Analyse getestet werden soll:

H1: *Je größer die ideologische Distanz zwischen einer Person und einer Partei über den Europäischen Integrationsprozess, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Person bei der Europawahl 2019 für diese Partei gestimmt hat.*

Die Hypothese wäre falsifiziert, wenn zwischen der ideologischen Distanz und der Wahlentscheidung kein signifikant negativer Zusammenhang besteht.

Das Hauptanliegen der bestehenden Forschung liegt jedoch nicht in der Frage, ob Wahlentscheidungen von der Einstellung zur Europäischen Integration bestimmt werden oder nicht, sondern vielmehr unter welchen Voraussetzungen dies geschieht.

Zwei solcher Voraussetzungen, die sich in der Literatur als relevant herausgestellt haben, sind ein existierender Parteienkonflikt um das Europathema, sowie mediale Aufmerksamkeit diesbezüglich (De Vries et al. 2011: 26). Die Autoren dieser Studie stellen die Vermutung auf, dass „EU-issue voting“ bei Europawahlen umso wahrscheinlicher wird, je stärker diese beiden Faktoren ausgeprägt sind. Diese Behauptung stellt sich im weiteren Verlauf der Studie als empirisch evident heraus (De Vries et al. 2011: 19; 26). Ebenfalls stellen sie einen Einfluss der politischen Bildung der WählerInnen auf das Zustandekommen von „EU-issue voting“ fest. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass in acht untersuchten Ländern der Zusammenhang zwischen der EU-Einstellung und der Wahlentscheidung bei politisch gebildeten Menschen stärker ist als bei politisch weniger gebildeten Personen (De Vries et al. 2011: 25). Dieses Ergebnis begründen sie mit der Komplexität des Europathemas. Nur diejenigen Personen mit hoher politischer Bildung können das politische System der EU hinreichend verstehen, um auf dieser Grundlage eine Wahlentscheidung zu treffen (De Vries et al. 2011: 18).

Auch fünf Jahre später lassen sich klare Anzeichen dafür erkennen, dass es bei der Europawahl 2014 zu „EU-issue voting“ gekommen ist. Hobolt (2015) schreibt über diese Wahlen sogar: „Europe‘ [...] played a more central role in these European elections than ever before“ (Hobolt 2015: 7). Als Gründe hierfür nennt sie jedoch nicht das erstmals eingeführte Spitzenkandidatenprinzip, sondern die Stimmengewinne von Anti-Europa-Parteien bei dieser Wahl. Hobolt kommt zu dem Schluss, dass europakritische Parteien eindeutig als Gewinner der Europawahl 2014 hervorgegangen sind (Hobolt 2015: 6). Durch die zurückliegende Finanzkrise hat sich eine Skepsis gegenüber der EU breitgemacht, die europakritischen Parteien hohe Wahlerfolge eingebracht hat. Wie die Autorin weiter ausführt, kommen diese Stimmengewinne nicht durch Protest gegen nationale Regierungen zustande, sondern drücken die tatsächliche Einstellung der Wählerinnen und Wähler gegenüber der EU aus: „[P]eople who are economically disadvantaged are more likely to support the eurosceptic parties [...] In other words, it is the ‘losers’ of European integration, and globalization, who are most attracted to eurosceptic parties“ (Hobolt 2015: 16, 19). Hobolt folgert, dass die Europawahl 2014 tatsächlich ein Wettbewerb um europäische Themen war statt einer nationalen Nebenwahl.

Mittlerweile konnte neben der europäischen auch auf der nationalen Ebene festgestellt werden, dass sich die Einstellung zur Europäischen Integration auf Wahlentscheidungen

auswirken kann. In einer gemeinsamen Studie untersuchen De Vries & Hobolt (2016) erstmals beide Untersuchungseinheiten gleichermaßen. Dieses Vorgehen begründen sie damit, dass Bürgerinnen und Bürger über beide Wege die Politik der EU beeinflussen können. Dies kann entweder direkt über Europawahlen geschehen oder indirekt durch die Wahl nationaler Parlamente, aus denen eine Regierung hervorgeht, deren Mitglieder im Ministerrat oder im Europäischen Rat vertreten sind (De Vries & Hobolt 2016: 102). Die Analyse ergibt, dass sich in 18 von 28 Mitgliedsstaaten das Europathema signifikant auf die Wahlentscheidungen bei beiden Wahlen ausgewirkt hat (De Vries & Hobolt 2016: 112). Gleichzeitig stellen sie aber auch fest, dass nur in knapp über einem Drittel der Länder der Einfluss der EU-Distanz in nationalen Wahlen stärker ist als bei Europawahlen. In allen anderen Ländern verhält es sich anders herum – hier ist die Auswirkung des Europathemas bei Europawahlen stärker als bei nationalen Wahlen (De Vries & Hobolt 2016: 114).

Neben den bereits erwähnten Faktoren Parteienkonflikt, politische Bildung und mediale Aufmerksamkeit werden im wissenschaftlichen Diskurs noch weitere Voraussetzungen erwähnt, von denen angenommen wird, dass sie „EU-issue voting“ begünstigen. Gleichzeitig wurden bestimmte mögliche Einflussfaktoren bislang aber nur im Hinblick auf nationale Wahlen diskutiert. In dieser Arbeit wird nun erstmals untersucht, ob sich die nationalen Gründe für „EU-issue voting“ auch auf Europawahlen anwenden lassen. Die folgenden Hypothesen ergeben sich damit aus dem Kontext der nationalen Wahlen, beziehen sich aber auf Europawahlen.

Anfang der 2000er Jahre wird in ersten empirischen Untersuchungen auf einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Einstellung der WählerInnen zur Europäischen Integration und der Wahlentscheidung bei nationalen Wahlen hingewiesen (Gabel 2000: 68). Tillman (2004) untersucht dies am Beispiel von Österreich, Schweden und Finnland. Hierzu wurde gemessen, wie weit entfernt ein einzelner Wähler von einer bestimmten Partei bezüglich seiner Meinung über eine EU-Mitgliedschaft steht (Tillman 2004: 595). In allen drei Ländern gilt, dass bei steigender Distanz die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass dieser Wähler bei einer nationalen Wahl für diese jeweilige Partei stimmt. Tillman konnte mit dieser Studie zeigen, dass die Einstellung über eine EU-Mitgliedschaft des Heimatlandes einen signifikanten Einfluss darauf hatte, wie die konkrete Wahlentscheidung ausgefallen ist (Tillman 2004: 595, 600). Jedoch bezweifelt er, dass sich dieses Phänomen auf alle anderen Mitgliedsstaaten verallgemeinern lässt. In

seinen untersuchten Fällen ist die Mitgliedschaft zur EU immer ein salientes Thema gewesen, da die Erhebung unmittelbar vor beziehungsweise nach dem EU-Beitritt der untersuchten Länder stattgefunden hat. Gleichzeitig stellt er fest, dass in aktuellen Mitgliedsstaaten die Mitgliedschaft zur EU kaum öffentlich debattiert wird (Tillman 2004: 604). Folglich ist anzunehmen, dass die Frage, ob es bei einer Wahl zu „EU-issue voting“ kommt, davon abhängen könnte, wie lange das jeweilige Land bereits Mitglied der Europäischen Union ist. Die entsprechende Hypothese lautet:

H2: Je länger ein Land bereits Mitglied der EU ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass es bei der Europawahl 2019 zu „EU-issue voting“ gekommen ist.

Diese Hypothese wäre falsifiziert, entweder wenn es in keinem Land oder in jedem Land zu „EU-issue voting“ gekommen ist, oder wenn sich in den frühen Mitgliedsländern ein signifikanter Effekt zeigen sollte und in den neueren Staaten kein Effekt beobachtbar ist.

Dass die Tatsache, ob es zu „EU-issue voting“ kommt oder nicht, auch von anderen Faktoren abhängen kann, zeigt Catherine E. de Vries (2007). Sie stellt fest, dass es bei nationalen Wahlen zwischen 1992 und 2002 in Großbritannien und Dänemark ebenfalls zu „EU-issue voting“ gekommen ist. Im gleichen Untersuchungszeitraum lässt sich jedoch ein ähnliches Phänomen für Deutschland und die Niederlande nicht beobachten (De Vries 2007: 379). Wie schon bei Tillman (2004) wird hier die Salienz des Europathemas als ausschlaggebendes Kriterium angesehen, damit es bei einer nationalen Wahl zu „EU-issue voting“ kommt. Zusätzlich erklärt De Vries einen politischen Konflikt zwischen den Parteien als Voraussetzung hierfür (De Vries 2007: 379).

In einer gemeinsamen Studie untersuchen De Vries & Tillman (2011) die Unterschiede in Auftreten und Intensität von „EU-issue voting“ zwischen West- und Ostmitteleuropa anhand von 19 ausgewählten Mitgliedsstaaten. Sie stellen sich hierbei die Frage, inwiefern die kommunistische Vergangenheit der ostmitteleuropäischen Länder für das Zustandekommen von „EU-issue voting“ ausschlaggebend war (De Vries & Tillman 2011: 2). Dass das Ausmaß von „EU-issue voting“ in den untersuchten Fällen Ostmitteleuropas stärker ausgeprägt war als in den westeuropäischen Ländern, begründen die Autoren damit, dass durch das junge Alter dieser politischen Systeme EU-Themen leichter Gegenstand eines Parteienkonfliktes werden können (De Vries & Tillman 2011: 10-11). Ob sich dieses Argument der geografischen

Lage auch für die Europawahl 2019 halten kann, scheint für die vorliegende Arbeit ebenfalls untersuchenswert. Somit lautet die nächste Hypothese:

H3: In den post-kommunistischen EU-Mitgliedsländern ist das Zustandekommen von „EU-issue voting“ wahrscheinlicher als in den westeuropäischen Staaten.

Dass Parteien in nationalen Wahlen unterschiedlich stark von „EU-issue voting“ betroffen sind, stellt De Vries (2010) wieder durch Untersuchung der bereits 2007 erwähnten vier Länder fest. Parteien, die der EU eine große Bedeutung zuschreiben, werden auch eher wegen europäischer Themen gewählt. Genauso geht es Parteien, die sich an den politischen Polen bewegen, also entweder extrem pro- oder anti-europäische Positionen einnehmen (De Vries 2010: 94, 108). Im Gegenzug sorgt das Europathema für Stimmenverluste bei Wahlen, wenn es innerhalb einer Partei interne Streitigkeiten diesbezüglich gibt. Bereits in ihrer Studie drei Jahre zuvor schreibt die Autorin europakritischen Parteien eine zentrale Rolle dabei zu, das Europathema politisch zu mobilisieren. Die Existenz von Anti-Europa Parteien befördere die Entstehung eines diesbezüglichen Parteienkonflikts, der wiederum Voraussetzung für das Zustandekommen von „EU-issue voting“ ist (De Vries 2007: 368). Der Text argumentiert demnach ähnlich wie die vorher diskutierte Studie von Hobolt (2015). Auch hier wurde, nur bereits in Bezug auf Europawahlen, empirische Evidenz dafür gefunden, dass Anti-Europa Parteien wegen europäischer Themen gewählt werden und damit bei der Europawahl 2014 erfolgreiche Ergebnisse erzielen konnten (Hobolt 2015: 18-19). Es ist demnach naheliegend, auch für die Europawahl 2019 davon auszugehen, dass Anti-Europa Parteien eher aufgrund ihrer Einstellung zur EU gewählt werden als andere Parteien. Somit wird für diese Arbeit die folgende Hypothese getestet:

H4: Europakritische Parteien werden eher aufgrund europäischer Themen gewählt als alle anderen Parteien.

2.4 Kontrollvariablen

Neben der vorgestellten Theorie des „EU-issue voting“ ist es für eine Regressionsanalyse notwendig, noch eine Reihe weiterer möglicher Erklärungen für Wahlverhalten bei der Europawahl 2019 zu berücksichtigen. Ein in vielen Studien zum „EU-issue voting“ ebenfalls

diskutierter Faktor ist die Einordnung einer Wählerin und eines Wählers auf der politischen Links-Rechts Achse. Hierbei handelt es sich nicht um ein europäisches Kriterium, da diese Einstellung nicht zwangsläufig mit der Einstellung zur EU zusammenhängen muss (De Vries 2011: 21). Stattdessen hat die Links-Rechts Achse großen Einfluss auf den nationalen politischen Wettbewerb (Van der Eijk & Franklin 2004: 32). Die Frage, ob sich eine Person politisch eher links oder eher rechts einordnet, wird daher in der Literatur oft herangezogen, um zu untersuchen, wie sich nationale politische Einstellungen auf Wahlentscheidungen übertragen. Da jedoch in dieser Arbeit aus den in Kapitel 2.3 genannten Gründen davon ausgegangen wird, dass bei der Europawahl 2019 europäische Themen im Vordergrund stehen, sollte die Einordnung auf der Links-Rechts Achse die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 nicht signifikant beeinflussen. Gleiches gilt für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im jeweiligen Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie die vermutete Entwicklung über die kommenden zwölf Monate (De Vries & Hobolt 2016: 110). Diese könne von Wählerinnen und Wählern häufig verwendet werden, um bei einer Europawahl ihre Unzufriedenheit mit der nationalen Regierung auszudrücken (De Vries & Hobolt 2016: 110). Hierbei handelt es sich jedoch ebenfalls um Kriterien, die kaum in Zusammenhang mit der EU stehen und folglich auch keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 spielen sollten.

Des Weiteren wird als nationales Kriterium das Vertrauen in das jeweilige nationale Parlament untersucht. Auch hier sollte sich kein signifikanter Effekt auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl herausstellen. Anders verhält es sich beim Vertrauen in das Europäische Parlament. Im Fall, dass die Europawahl 2019 tatsächlich von europäischen Themen bestimmt wurde, sollte auch die Wahlentscheidung davon abhängig sein, ob eine Wählerin oder ein Wähler der zur Wahl stehenden Institution vertraut oder nicht. Hier wird also ein signifikanter Einfluss erwartet.

Zur Überprüfung weiterer Kontrollvariablen ist es ratsam zu untersuchen, welche Faktoren allgemein in der empirischen Wahlforschung herangezogen werden, um Wahlverhalten zu erklären. In der Studie von Lazarsfeld et al. (1948) „The people's choice – How the voter makes up his mind in a presidential campaign“ untersuchen die Autoren die Beweggründe für Wahlverhalten bei der US-Präsidentschaftswahl 1940. Sie kommen zu dem Ergebnis: „a person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political

preference“ (Lazarsfeld et al. 1948: 27). Wahlverhalten ist somit determiniert durch die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen, die dadurch entstehen, dass Menschen mit ähnlichen Eigenschaften häufigen Kontakt zueinander besitzen. Die Autoren nennen drei Faktoren, die am stärksten ausschlaggebend dafür sind, dass sich solche sozialen Gruppen bilden, innerhalb derer in ähnlicher Form votiert wird: der sozioökonomische Status, die Religion sowie der Wohnort (Lazarsfeld et al. 1948: 137-138). Zwar hat die spätere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Ansatz ergeben, dass er nicht in der Lage ist, in hinreichender Form die Gründe dafür aufzuzeigen, weswegen ein gewisses soziodemographisches Merkmal eine Wahlentscheidung bestimmt. Obwohl es sich hierbei um eine Fallstudie aus den USA handelt, hat sich die Grundidee, Wahlverhalten auf sozialstrukturelle Merkmale zurückzuführen, bis heute in der Wahlforschung durchgesetzt und findet auch in westeuropäischen politischen Systemen regelmäßig Anwendung (Schoen 2014: 170, 187). Dies ist auch der Grund, warum in der vorliegenden Arbeit nicht darauf verzichtet wird, die Erklärungskraft soziodemographischer Merkmale für die Europawahl 2019 zu berücksichtigen. Aus diesem Grund werden die drei von Lazarsfeld et al. (1948) genannten Größen Religionszugehörigkeit, Wohnort und soziale Klasse auch in das hier geschätzte Modell integriert. Zusätzlich werden noch Geschlecht und Alter hinzugefügt.

Ein weiterer häufig zitiertes Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten stammt von Campbell et al. (1954). Anders als im soziologischen Erklärungsmodell wird hier davon ausgegangen, dass sozialpsychologische Faktoren zentral sind für das Zustandekommen von Wahlentscheidungen (Campbell et al. 1954: 86). Die Autoren schreiben auch hier wieder drei Erklärungsfaktoren eine besondere Bedeutung zu: der Identifikation mit einer politischen Partei, der Orientierung an einem speziellen politischen Thema sowie persönliche Einstellungen gegenüber den jeweiligen Kandidaten (Campbell et al. 1954: 88, 112, 136). Da es sich auch bei diesem sozialpsychologischen Ansatz um eine Theorie handelt, die bis heute in der empirischen Wahlforschung einen hohen Stellenwert genießt, werden deren zentrale Argumente ebenfalls auf die Europawahl 2019 angewendet. Die Orientierung an den persönlichen Eigenschaften der Spitzenkandidaten muss hierbei jedoch entfallen, da sie auf Basis des verwendeten Datensatzes nicht empirisch messbar ist. Als „issue-Orientierung“ dient im vorliegenden Fall die eigentliche Forschungsfrage, also der Zusammenhang zwischen

der EU-Einstellung und der Wahlentscheidung. Somit verbleibt die Parteiidentifikation, die als Kontrollvariable inkludiert wird.

3. Datengrundlage und methodische Vorbemerkungen

Im folgenden Kapitel werden die empirische Umsetzung der abgeleiteten Forschungshypothesen sowie die methodischen Hürden bei der Annäherung an das Forschungsthema diskutiert. Die Datengrundlage bildet der Umfragedatensatz der „European Election Study“ (EES) aus dem Jahr 2019 (vgl. Schmitt et al. 2019). Hierbei handelt es sich um eine Nachwahlbefragung in allen 28 Ländern, in denen im Mai 2019 die Europawahl stattgefunden hat. Insgesamt umfasst der Datensatz Material von über 26 000 befragten Personen. In jedem EU-Mitgliedsland wurde eine Stichprobe von 1000 Personen gezogen (mit Ausnahme von Malta, Zypern und Luxemburg mit jeweils 500 Befragten). In Zypern und Malta fand die Datenerhebung per CATI statt, in allen anderen Ländern wurden Online-Befragungen durchgeführt (vgl. EES 2019 - Technical Report). Alle weiteren verwendeten Daten bezüglich Wahlbeteiligung, Stimmenanteile sowie der Links-Rechts Einschätzung der Parteien entstammen dem „ParlGov“- Datensatz (vgl. Döring & Manow 2019).

3.1 Operationalisierung

Nachdem die beiden relevanten Konzepte der „second order election“ und des „EU-issue voting“ im Theorieteil spezifiziert wurden, ist es nun notwendig, diese zu operationalisieren. Als abhängige Variable dient die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019. Da untersucht werden soll, welchen Einfluss die Einstellung eines Wählers zur Europäischen Integration auf seine Wahlentscheidung besitzt, ist es notwendig, die EU-Einstellung zu operationalisieren. Hierzu wird analog zu den Arbeiten von Tillman (2004); De Vries (2007); De Vries & Tillman (2011); De Vries et al. (2011) sowie De Vries & Hobolt (2016) eine „EU-Distanz Variable“ erstellt. Die Befragten der EES 2019 wurden dazu gebeten, sich auf einer Skala von 0 bis 10 einzurordnen (X_{Pers}). Hierbei bedeutet 0 = „unification has already gone too far“ und 10 = „unification should be pushed further.“ Neben der persönlichen Einordnung sollten die

befragten Personen zusätzlich angeben, wo sie sieben ausgewählte Parteien auf dieser Skala verorten (X_{Part}). In Deutschland waren diese Parteien die CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke, AfD und die Piraten. Für die vorliegende Arbeit wird nun für jede Partei der persönliche Wert von dem jeweiligen Wert der Partei subtrahiert. Zur sinnvollen Interpretation der Ergebnisse wird zusätzlich der Betrag dieser Differenz berechnet. Somit ist garantiert, dass die Distanz zwischen persönlicher Einstellung und Parteieinstellung immer zwischen 0 und 10 liegt. Hat die Einstellung zur Europäischen Integration bei der Europawahl 2019 eine Auswirkung auf die Wahlentscheidung gehabt, so sollte der Zusammenhang zwischen EU-Distanz und Wahlentscheidung negativ und statistisch signifikant sein. Schließlich sollte gelten, dass eine steigende ideologische Distanz zwischen Wähler und Partei die Wahrscheinlichkeit verringern sollte, dass diese Person bei der Wahl dann auch für diese Partei stimmt. Die Werte für die unabhängige Variable berechnen sich somit folgendermaßen:

$$\text{EU-Distanz} = |(X_{Pers} - X_{Part})|$$

Das gleiche Vorgehen wird auch für die Kontrollvariable der „Links-Rechts Selbsteinschätzung“ angewendet. Hier steht 0 für links und 10 für rechts. Sowohl die Einstellung zur Europäischen Integration als auch die Links-Rechts Selbsteinschätzung sind Indikatoren für das Europathema einerseits und nationale politische Merkmale andererseits. Zusätzlich wird noch das Vertrauen in das Europäische Parlament sowie in das jeweilige nationale Parlament als Kontrollgröße integriert. Beide Variablen sind ordinalskaliert und reichen von 1= komplettes Vertrauen bis 5= überhaupt kein Vertrauen. Somit können sowohl europaspezifische als auch nationale Themen jeweils in zweifacher Hinsicht in dieser Arbeit abgedeckt werden.

3.2 Regressionsmodell

Zur Beantwortung der vorgestellten Forschungsfrage werden logistische Regressionsmodelle geschätzt. Alle Berechnungen werden mit STATA, Version 15.1 durchgeführt. Zur besseren Interpretierbarkeit der geschätzten Effekte werden zusätzlich die durchschnittlichen

Marginaleffekte berechnet (Kohler & Kreuter 2017: 400).¹ Die abhängige Variable „Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019“ wird als Dummy-Variable eingeführt. Sie nimmt den Wert 1 an, wenn ein Wähler für eine bestimmte Partei A gestimmt hat und den Wert 0, wenn die Stimme an eine andere Partei ging. Als unabhängige Variable im Modell für Partei A dient der Abstand zwischen Wähler und Partei A in der Frage zur Europäischen Integration. Für jede Partei, die in der EES 2019 zur Bewertung ihrer EU-Position und ihrer Links-Rechts Einstellung stand, wird ein solches Regressionsmodell geschätzt. Dieses Vorgehen ermöglicht neben einer Antwort auf die Forschungsfrage auch die Möglichkeit, partiespezifische Unterschiede im Auftreten von „EU-issue voting“ festzustellen.

3.3 Fallauswahl

Da eine solche Untersuchung sehr umfangreich ist und für jedes Mitgliedsland der EU eine große Menge an Daten produziert, würde eine solche Untersuchung für 28 EU-Mitgliedsstaaten den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Zumal auch der individuelle Kontext jedes EU-Mitgliedslandes in der Analyse Berücksichtigung finden sollte. Folglich ergibt sich die Notwendigkeit eine Fallauswahl zu treffen, also nur ausgewählte Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu beobachten. Wie De Vries & Tillman (2011) herausarbeiten, liegt eine Schwäche bisheriger empirischer Auseinandersetzungen mit der „EU issue voting“ – These darin, dass oftmals nur westeuropäische Länder untersucht und die Staaten Ostmitteleuropas somit vernachlässigt wurden. Dies ist insofern bedauerlich, da die beiden Autoren davon ausgehen, dass die Neuheit der dortigen politischen Systeme aufgrund ihrer kommunistischen Vergangenheit dem EU-Thema eine gute Möglichkeit bieten, den bestehenden Parteienkonflikt zu beeinflussen (De Vries & Tillman 2011: 11). Auch ist nicht geklärt, ob der Einfluss der Europäischen Integration auf Wahlentscheidungen davon abhängt, wie lange der Beitritt des jeweiligen Landes zur EU zurückliegt. Die im Theorieteil der Arbeit diskutierte Studie von Tillman (2004) wirft genau diese Frage auf. Da der Autor nur Länder untersucht, in denen der EU-Beitritt erst kurze Zeit zurückliegt, stellt er fest, dass das Europathema zum Analysezeitpunkt in allen untersuchten Ländern salient war (Tillman 2004:

¹ Zur Interpretation der Ergebnisse wird in dieser Arbeit nicht auf die durchschnittlichen Marginaleffekte eingegangen, sondern der Vorschlag von Kohler & Kreuter (2017) der Vorzeicheninterpretation herangezogen. Zum besseren Verständnis der Ergebnisse werden die Marginaleffekte jedoch im STATA Do-File präsentiert.

604). Gleichzeitig stellt er es infrage, ob seine Untersuchungen auf alle Länder generalisierbar sind (Tillman 2004: 604).

Für die Fallauswahl dieser Arbeit ist es also notwendig, EU-Mitgliedsstaaten sowohl aus Westeuropa als auch aus Osteuropa zu untersuchen. Zudem sollten sich die ausgewählten Staaten in der Dauer ihrer Mitgliedschaft zur EU unterscheiden. Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen bietet es sich an, aus jedem Jahr, in dem Staaten der EU beigetreten sind, ein Land auszuwählen. Als die ersten Fälle ergeben sich somit Kroatien (EU-Beitritt im Jahr 2013) und Griechenland (EU-Beitritt 1981). Da in beiden Jahren nur dieses eine Land der Union beigetreten ist, gibt es keine alternativen Länder, zwischen denen entschieden werden kann. Für das Jahr 1973 wird das Vereinigte Königreich als Fall ausgewählt. Als Alternativen bieten sich Dänemark oder Irland an. Jedoch nimmt Großbritannien durch die dortige Brexit-Debatte eine Sonderstellung in der EU ein. Somit scheint es besonders lohnenswert zu untersuchen, wie stark gerade dort die Wahlentscheidung bei der Europawahl von europäischen Themen getrieben wurde. Für das Jahr der großen EU-Osterweiterung 2004 wird Ungarn als Fall untersucht. Da Ungarn durch die Flüchtlingspolitik des dortigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán von Seiten der EU stark kritisiert wurde und sogar ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde (vgl. ZEIT ONLINE, 25.07.2019) kann angenommen werden, dass die Europawahl 2019 in diesem Land tatsächlich von Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur EU bestimmt wurde. Im Gegenzug werden für die Beitrittsjahre 1958 und 1995 zwei Länder ausgewählt, in denen die Politisierung des Europathemas über die Zeit vergleichsweise gering ausfiel, nämlich Deutschland und Schweden. Grande & Hutter (2016) stellen fest, dass die einzelnen Schritte des Integrationsprozesses in Deutschland nur schwach politisiert wurden, am stärksten war die Politisierung noch bei der Frage, ob die Türkei der EU beitreten soll. Ähnlich verhält es sich bei Schweden. Lediglich die Debatte um die EU-Mitgliedschaft des Landes sowie die Frage nach einem Beitritt zur Euro-Zone stellten dort eine Politisierung dar (Grande & Hutter 2016: 71-74). Aus Gründen des Datenmaterials wurden bei den beiden verbliebenen Beitrittsjahren Spanien (EU-Beitritt 1986) und Rumänien (EU-Beitritt 2007) hinzugezogen.

Somit ergibt sich für die Arbeit eine Auswahl von acht Mitgliedsstaaten der EU, die sich hinsichtlich ihres Beitrittsjahrs, ihrer geografischen Lage sowie der Stärke der Politisierung des EU-Themas unterscheiden. Um auszuschließen, dass in keinem Land eine relevante Partei

bei der Analyse vernachlässigt wird, ist es notwendig, auf die Wahlergebnisse der im Datensatz zur Bewertung stehenden Parteien für jedes Land zu untersuchen (vgl. Tabelle 4, S. 38). Beispielsweise decken in Schweden, Ungarn, Großbritannien und Rumänien alle untersuchten Parteien zusammengerechnet jeweils deutlich über 90% der Stimmen ab. Mit anderen Worten bedeutet das, dass in diesen Ländern alle relevanten Parteien untersucht werden, da alle anderen bei der Wahl angetretenen Parteien zusammengerechnet unter 10% der Stimmen erhielten und deren Einfluss somit extrem gering ist. Auch in Deutschland und Spanien fehlt keine relevante Partei, wenn auch hier die Stimmenanteile jeweils knapp unter 90% liegen. Schwieriger verhält es sich in Griechenland (79,1%) und Kroatien (51,8%). Diese Werte sind zwar deutlich niedriger, betrachtet man jedoch das komplette Wahlergebnis, fällt auf, dass in beiden Ländern eine hohe Zahl an kleinen Parteien bei der Wahl angetreten ist, die in der Summe einen vergleichsweise hohen Stimmenanteil erzielt haben und im EES Datensatz unberücksichtigt geblieben sind. Da jedoch keine dieser Parteien ein besonders hohes Wahlergebnis erzielt hat, ist dies nicht weiter problematisch, da keine dieser Parteien als wirklich einflussreich gelten kann (vgl. Döring & Manow 2019).

4. Empirische Ergebnisse und Diskussion

4.1 Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse

Betrachtet man die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse, fällt auf, dass die im Hinblick auf die Theorie des „EU-issue voting“ interessante Variable, nämlich die EU-Distanz, nur in einzelnen Fällen einen signifikant negativen Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 besitzt. Am deutlichsten fällt das Ergebnis in Großbritannien aus. Hier hat es für keine der untersuchten sieben Parteien eine Rolle gespielt, wie weit die Partei und die WählerInnen in der Europafrage voneinander entfernt liegen. Stattdessen muss es andere Themen gegeben haben, die für die Wahlentscheidung ausschlaggebend waren. In allen anderen untersuchten Ländern unterscheiden sich die Parteien darin, ob sie wegen ihrer Stellung zur Europäischen Integration gewählt wurden oder nicht. Vor allem aber unterscheiden sich die Länder darin, wie viele Parteien aufgrund der Europäischen Integration

Tabelle 1: Ergebnisse der Logit-Analyse

Signifikanzniveaus: *= p< 0,1; **= p< 0,05; ***= p< 0,01

Land	Partei	EU-Distanz		Links-Rechts-Distanz		N	Pseudo R ²	Li-Re Achse
		β-Koeffizient	Standardfehler	β-Koeffizient	Standardfehler			
Deutschland	CDU/CSU	-.0855*	.0517	-.5415***	.0828	526	0.2409	6.3/7.3
	SPD	-.2085***	.0753	-.2064**	.0815	521	0.1157	3.6
	Grüne	-.1202**	.0562	-.4894***	.0813	514	0.1712	2.9
	Linke	-.1915*	.1083	-.8487***	.1577	492	0.3297	1.2
	FDP	-.0632	.0846	-.3633***	.1291	506	0.1176	5.9
	AfD	-.1866**	.0728	-.9154***	.1339	508	0.6358	8.8
Großbritannien	Conservative Party	-.0894	.0880	-.3802***	.1200	394	0.1595	7.4
	Labour Party	-.0613	.0756	-.4218***	.0889	386	0.2154	4.4
	Liberal Democrats	-.1084	.0750	-.4562***	.1111	388	0.2722	4.3
	Green Party	.0689	.0989	-.3367**	.1531	365	0.1602	2.6
	UKIP	.1915	.1620	-1.581***	.5471	383	0.3191	7.8
	Scottish National Party	-.2395	.1470	-.2609*	.1563	352	0.1859	3.6
	Brexit Party	.0089	.0615	-.2537***	.0838	387	0.4130	-
Griechenland	SYRIZA	-.1284*	.0657	-.2414***	.0659	406	0.3936	2.9
	New Democracy	-.1688***	.0617	-.6307***	.0789	421	0.4631	6.7
	Communist Party of Greece	-.2111**	.0878	-.6251***	.1318	390	0.3770	1.3
	Panhellenic Socialist Movement	-.0136	.0980	-.5468***	.1403	390	0.1868	4.5
	Golden Dawn	-.0549	.1058	-.7270***	.1856	354	0.5071	8.8
Spanien	Spanish Socialist Workers Party	-.1238**	.0592	-.4220***	.0610	594	0.2441	3.7
	Podemos	-.0167	.0648	-.4886***	.0895	579	0.2848	1.3
	Republican Left of Catalonia	-.1698*	.0989	-.4309***	.1260	533	0.2618	3.1
	People's Party	-.1149	.0702	-.6923***	.0955	589	0.3950	7.6
	VOX	-.2256***	.0721	-.2915***	.0816	562	0.3252	8.8
	Party of the Citizenry	-.0503	.0652	-.6079***	.0792	582	0.2413	6.0
	Commitment to Europe	-.1868	.2205	-.6111*	.3279	492	0.3424	-

Schweden	Social Democrats	-.0286	.0574	-.5640***	.0749	493	0.2418	3.4
	Sweden Democrats	-.0364	.0509	-.5158***	.0761	489	0.3890	8.8
	Green Ecology Party	-.0040	.1105	-.3118**	.1225	488	0.1657	3.4
	Left Party	-.0476	.0852	-.6810***	.1246	488	0.3446	1.5
	Centre Party	-.1471	.1269	-.6867***	.1832	490	0.2028	5.8
	Liberal People's Party	-.0479	.1086	-.8169***	.2054	488	0.2417	6.3
	Moderate Coalition Party	-.2293***	.0827	-.5925***	.1020	489	0.2526	7.9
	Christian Democrats	-.0754	.0884	-.6861***	.1453	485	0.2184	7.2
Ungarn	FIDESZ	-.2018**	.0879	-.3957***	.1053	464	0.7615	6.5
	Democratic Coalition	-.2293***	.0758	-.4175***	.0825	463	0.3859	3.3
	Momentum Movement	-.2140**	.0835	-.3324***	.0900	443	0.1885	7.4
	JOBBIK	-.1463*	.0831	-.6336***	.1226	453	0.4412	8.8
	Hungarian Socialist Party	-.2709**	.1305	-.3813***	.1264	458	0.2334	2.9
	Politics can be different	.1541	.1635	-.3701	.2302	432	0.2339	2.5
	Our Homeland Movement	.0962	.0938	-.4672***	.1626	402	0.4302	8.8
Rumänien	Social Democratic Party	-.1618***	.0552	-.3119***	.0709	502	0.4442	3.2
	Save Romania Union – PLUS	-.0763*	.0403	-.3208***	.0606	498	0.2308	6.0
	Alliance of Liberals and Democrats	-.2166***	.0785	-.3090***	.0987	492	0.2692	6.0
	PRO Romania	-.0325	.0756	-.1912**	.0895	486	0.0961	6.0
	People's Movement Party	-.2223**	.0929	-.3881***	.1265	483	0.1716	6.2
	Dem. Union of Hungarians in Romania	-.0262	.0941	-.2994**	.1484	451	0.2618	6.0
	National Liberal Party	-.1250***	.0477	-.0960**	.0474	516	0.0852	6.1
Kroatien	Croatian Democratic Union	-.0194	.1006	-.4481***	.1113	245	0.4837	7.1
	Social Democratic Party of Croatia	-.0409	.0673	-.4051***	.0820	252	0.2659	3.2
	Human Shield	-.2795***	.0995	-.4365***	.1122	217	0.3365	8.8
	Amsterdamska koalicija	.0101	.0977	-.3338***	.1247	226	0.1757	-

gewählt wurden. So lässt sich beispielsweise in Schweden nur für die liberal-konservative Moderate Coalition Party (Stimmenanteil: 16,8%) „EU issue voting“ beobachten. Alle anderen sieben Parteien liefern hierbei keine signifikanten Ergebnisse. Auch in Kroatien ist die EU-Distanz nur bei der rechten Partei Human Shield signifikant. Diese erhielt 5,7% der Stimmen. Hierbei muss allerdings auf eine Schwäche aufmerksam gemacht werden: Das Datenmaterial zu Kroatien aus dem EES Datensatz von 2019 erweist sich leider als extrem lückenhaft (eine genaue Diskussion der Schwachstellen folgt in Kapitel 4.2). Aus diesem Grund wird Kroatien in der weiteren Diskussion der Ergebnisse nicht weiter berücksichtigt, da die Zuverlässigkeit sämtlicher Aussagen über die Gültigkeit der weiteren Hypothesen äußerst fragwürdig erscheint.

In Griechenland und Spanien sind jeweils zwei Parteien aufgrund ihrer Einstellung zur Europäischen Integration gewählt worden. Zusammengerechnet erhielten diese beiden Parteien in Griechenland 38,5%, die Parteien in Spanien kamen auf 39,1%. In Deutschland waren es drei, nämlich SPD, Grüne und AfD mit zusammengerechnet 47,3% der Stimmen. Am deutlichsten waren die Anteile von „EU issue voting“- Parteien in Rumänien und Ungarn. In beiden Ländern wurden jeweils vier von sieben untersuchten Parteien wegen ihrer Position zur Europäischen Integration gewählt. Auch sind die aufaddierten Stimmenanteile (vgl. Tabelle 3) der „EU issue voting“ Parteien dort am höchsten. So ergibt sich in Rumänien ein Stimmenanteil von 59,4%, in Ungarn liegt dieser sogar bei 85,2%. Für die Interpretation ist es sinnvoll, nicht nur zu untersuchen, bei wie vielen der untersuchten Parteien die EU-Distanz einen signifikanten Einfluss liefert. Berücksichtigt werden sollte auch deren jeweiliger Stimmenanteil. Aus diesem Grund wurden die aufaddierten Stimmenanteile mitberücksichtigt, um einen Eindruck davon zu bekommen, wie stark diejenigen Parteien abgeschnitten haben, bei denen die EU-Distanz einen Einfluss auf die Wahl hatte. Somit lässt sich als Ergebnis festhalten, dass sich das Ausmaß von „EU-issue voting“ zwischen den untersuchten Ländern unterscheidet.

Anders verhält es sich bei der ebenfalls untersuchten Variable der Links-Rechts Distanz. Hier finden sich unter allen 51 untersuchten Parteien nur drei, bei denen der Abstand zwischen Wähler und Partei auf der Links-Rechts Achse die Wahlentscheidung nicht signifikant beeinflusst hat. Diese Parteien sind die „Scottish National Party“ in Großbritannien, die spanische Partei „Commitment to Europe“ sowie in Ungarn die Partei „Politics can be

different“. In allen anderen Fällen liefert diese Variable immer signifikante, größtenteils sogar hoch signifikante Einflüsse auf die Wahlentscheidung.

Bezogen auf die eingangs in dieser Arbeit aufgestellten Forschungshypothesen bedeutet dieses Ergebnis, dass die „EU-issue voting“ Hypothese (H1) für einen Großteil der untersuchten Parteien abgelehnt werden muss, da der Einfluss entgegen der Erwartung nicht signifikant negativ ausfällt. Dieses Ergebnis widerspricht somit auch den Resultaten von De Vries et al. (2011) und De Vries & Hobolt (2016), die bei den Europawahlen 2009 und 2014 deutliche Anzeichen für „EU-issue voting“ identifizieren konnten. Stattdessen findet sich mit der Links-Rechts Distanz ein alternativer Erklärungsansatz, der sich in nahezu allen Fällen signifikant negativ auf die Wahlentscheidung ausgewirkt hat. Wo sich die WählerInnen auf der politischen Links-Rechts Achse verorten, hat also einen wesentlich stärkeren Einfluss auf ihre Wahlentscheidung bei der Europawahl gehabt, als die Frage, wie sie zur Europäischen Integration stehen.

Als zweite Hypothese galt die Aussage, dass der Effekt von „EU-issue voting“ umso schwächer ausfällt, je länger ein Land bereits Mitglied der EU ist. Wie bereits erwähnt, lassen sich die stärksten Effekte von „EU-issue voting“ in Ungarn und Rumänien identifizieren und damit in zwei Ländern, die erst nach der Jahrtausendwende der EU beigetreten sind. Gleichzeitig ist der Effekt entsprechend der Erwartung für Großbritannien, Griechenland, Spanien und Schweden deutlich geringer. Allerdings ist auch zu sagen, dass im ältesten untersuchten Mitgliedsland Deutschland der Effekt wiederum stärker war als in den anderen westeuropäischen Mitgliedsstaaten. Dieses Ergebnis gilt sowohl für die Zahl an Parteien als auch für deren Stimmenanteil. Die aufgestellte Hypothese (H2), dass ältere Mitgliedsländer weniger von „EU-issue voting“ betroffen sind, kann somit ebenfalls nur teilweise bestätigt werden. Auch gilt es zu berücksichtigen, dass dieses Ergebnis keine gesamteuropäische Tendenz angibt, da nicht alle Mitgliedsstaaten untersucht wurden. Auch lässt sich anhand dieser Ergebnisse nicht sagen, ob die Dauer der EU-Mitgliedschaft einen kausalen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte.

Dass der Einfluss von „EU-issue voting“ von allen untersuchten Mitgliedsstaaten in Ungarn und Rumänien am stärksten ist, bestätigt Hypothese H3 vorläufig. In diesen beiden post-kommunistischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist der Einfluss des Europathemas, entsprechend der Argumentation von De Vries & Tillman (2011: 3) stärker als

in den untersuchten westeuropäischen Ländern. Allerdings geht auch aus diesem Ergebnis nicht hervor, dass die politische Vergangenheit dieser Länder einen kausalen Einfluss auf das Wahlverhalten hatte. Um dies festzustellen, hätte ein Weg gefunden werden müssen, um die politische Vergangenheit des jeweiligen Landes als Kontrollvariable zu berücksichtigen.

Als vierte und letzte Hypothese galt die Behauptung, dass rechte Parteien aufgrund ihrer anti-europäischen Haltung am ehesten wegen europäischer Themen gewählt werden. Diese Hypothese kann auch nur in einzelnen Fällen bestätigt werden. So war der Effekt der EU-Distanz in Deutschland, Spanien und Kroatien jeweils signifikant, allerdings war sowohl in Spanien als auch in Deutschland gleichzeitig noch jeweils mindestens eine Partei signifikant, die nicht am rechten Rand des politischen Spektrums einzuordnen ist. Gleichzeitig lassen sich in Großbritannien, Griechenland, Schweden, Ungarn und Rumänien bei den dort jeweils am weitesten rechts stehenden Parteien keine signifikanten Einflüsse der EU-Distanz beobachten. Somit muss auch die letzte Hypothese in einzelnen Fällen abgelehnt werden, da sie nicht auf jedes untersuchte Land anwendbar ist.

Auch der Einfluss der untersuchten Kontrollvariablen auf die Wahlentscheidung fällt unterschiedlich stark aus. Tabelle 2 bietet einen Überblick über die Einflüsse aller untersuchten Kontrollvariablen.

Als wenig bedeutsam hat sich die ordinalskalierte Variable „Wohnort“ herausgestellt. Ob eine Person in einem Dorf, einer Kleinstadt oder einer Großstadt lebt, hat sich nur für eine einzige Partei in Ungarn als signifikant erwiesen. Ob eine Person auf dem Land oder in einer (größeren) Stadt wohnt, hat für die Wahlentscheidung nahezu keinen Einfluss. Ähnlich verhält es sich bei der Dummy-Variable der Parteiidentifikation. Von 51 untersuchten Parteien macht es nur für zwei einen Unterschied, ob sich ein(e) WählerIn mit einer politischen Partei identifiziert oder nicht.

Ebenfalls als wenig bedeutsam haben sich die Variablen „Geschlecht“ und „Religion“ erwiesen. Beide Größen sind nominalskaliert, weswegen hier keine Richtung eines Zusammenhangs feststellbar ist. Die Frage, ob es sich bei den Wählern um Männer oder Frauen handelt, beeinflusst nur in sechs von 51 Fällen die Wahlentscheidung signifikant. Welcher Religion der/die Befragte angehört, wirkt sich für acht Parteien signifikant aus.

Tabelle 2: Einflüsse der untersuchten Kontrollvariablen auf die Wahlentscheidung

	DE	UK	GR	SP	SE	HU	RU	CRO	Σ
Wirt. akt.	1 (↑ -; ↓ 1)	-	3 (↑ 2; ↓ 1)	2 (↑ 1; ↓ 1)	-	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	-	8 (↑ 5; ↓ 3)
Wirt. 12 Monate	-	2 (↑ 1; ↓ 1)	3 (↑ 2; ↓ 1)	2 (↑ 2; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ -; ↓ 1)	1 (↑ 1; ↓ -)	-	10 (↑ 7; ↓ 3)
Nat. Parl. Vertrauen	1 (↑ 1; ↓ -)	2 (↑ 1; ↓ 1)	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	3 (↑ 2; ↓ 1)	3 (↑ 2; ↓ 1)	2 (↑ 1; ↓ 1)	14 (↑ 10; ↓ 4)
EU-Parl. Vertrauen	1 (↑ 1; ↓ -)	4 (↑ 1; ↓ 3)	2 (↑ 2; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ 1; ↓ -)	2 (↑ 2; ↓ -)	5 (↑ 3; ↓ 2)	1 (↑ 1; ↓ -)	17 (↑ 12; ↓ 5)
Religion	2	-	-	2	2	-	-	2	8
Wohnort	-	-	-	-	-	1	-	-	1
Soz. Klasse	3 (↑ 2; ↓ 1)	2 (↑ 2; ↓ -)	1 (↑ -; ↓ 1)	2 (↑ 1; ↓ 1)	2 (↑ 1; ↓ 1)	-	1 (↑ -; ↓ 1)	-	11 (↑ 6; ↓ 5)
Alter	3 (↑ 1; ↓ 2)	1 (↑ 1; ↓ -)	1 (↑ -; ↓ 1)	1 (↑ -; ↓ 1)	1 (↑ 1; ↓ -)	2 (↑ 1; ↓ 1)	2 (↑ 2; ↓ -)	2 (↑ 1; ↓ 1)	13 (↑ 7; ↓ 6)
Geschlecht	2	-	-	2	1	-	-	1	6
Parteiidentifikation	-	1	-	-	-	-	1	-	2

Anmerkung: Tabelle 2 gibt die Anzahl an untersuchten Parteien in jedem Land an, für die der Einfluss der jeweiligen Kontrollvariable signifikant war

Bei mindestens ordinalskalierten Variablen gilt: ↑= Zahl der positiven Zusammenhänge

↓= Zahl der negativen Zusammenhänge

Im Vergleich zu den bisher diskutierten Kontrollvariablen ist der Einfluss der sozialen Klasse und des Alters auf die Wahlentscheidung zwar stärker, jedoch immer noch zu schwach, um als wirklich einflussreich gelten zu können. Ob jemand der Arbeiterklasse, der Mittelklasse, der höheren Klasse oder einer Übergangsklasse dazwischen angehört, spielt nur für elf Parteien eine signifikante Rolle. Für sechs dieser Parteien war der Zusammenhang positiv, was bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit diese Partei zu wählen für diese Parteien mit steigender sozialer Klasse ebenfalls ansteigt. Für die restlichen Parteien ist der Zusammenhang negativ. Die metrisch skalierte Variable „Alter“ wirkt sich in 13 Fällen signifikant darauf aus, ob die jeweilige Partei bei der Europawahl gewählt wurde oder nicht. Mit sieben positiven und sechs negativen Zusammenhängen lässt sich hier jedoch keine eindeutige Richtung feststellen. Diese Ergebnisse schwächen die Aussagekraft des mikrosoziologischen Wahlansatzes von Lazarsfeld et al. (1948) in Bezug auf die hier untersuchte Wahl. Die dort für eine Wahlentscheidung als relevant geltenden Faktoren Religionszugehörigkeit, Wohnort und sozioökonomischer Status (hier ausgedrückt durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse) haben sich bei der Europawahl 2019 als kaum relevant herausgestellt.

Ein überraschendes Ergebnis tritt bei der Beurteilung der nationalen Wirtschaftslage, sowie bei der Einschätzung der Wirtschaft in den kommenden zwölf Monaten auf. Beide Größen werden auch in der Fachliteratur untersucht und auch dort als nicht EU bezogenes Kriterium behandelt. Da sich der Einfluss der EU-Distanz auf die Wahlentscheidung nicht als der stärkste Erklärungsfaktor herausgestellt hat, würde die Vermutung naheliegen, dass nationale Gesichtspunkte wie die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eine höhere Erklärungskraft besitzen. Dem ist jedoch nicht so. Nur bei acht von 51 Parteien hing es von der Beurteilung der nationalen Wirtschaft ab, ob die Partei gewählt wurde oder nicht. Etwas mehr waren es bei der Vorschau auf die kommenden zwölf Monate. Hier ist für zehn Parteien ein signifikantes Ergebnis beobachtbar.

Unter allen untersuchten Kontrollvariablen übt das Vertrauen in Parlamente in den meisten Fällen einen Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl aus. Für insgesamt 14 Parteien wurde die Wahlentscheidung davon beeinflusst, wie hoch das Vertrauen in das jeweilige nationale Parlament war. In Ungarn und Rumänien waren es von jeweils sechs untersuchten Parteien in beiden Fällen sogar drei, für die das Vertrauen in das nationale Parlament signifikante Ergebnisse liefert.

Ebenfalls überraschend ist der starke Einfluss der Variable „Vertrauen in das Europäische Parlament“ auf die Wahlentscheidung. Obwohl die „EU-issue voting“- Hypothese auf Basis des Testergebnisses dieser Arbeit nur in einzelnen Fällen vorläufig bestätigt werden kann, ergibt sich für 17 Parteien ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Wahlentscheidung und dem Ausmaß des Vertrauens in das Europäische Parlament. Es gilt allerdings zu beachten, dass sowohl das Vertrauen in das nationale als auch in das Europäische Parlament im Datensatz so kodiert sind, dass die Richtung von totalem Vertrauen hin zu überhaupt keinem Vertrauen geht. Für zwölf der 17 Parteien, für die das Vertrauen in das Europaparlament signifikant ist, ist der Zusammenhang positiv. Somit lässt sich für diese zwölf Parteien sagen, dass mit sinkendem Vertrauen in das Europaparlament die Wahrscheinlichkeit steigt, diese Partei zu wählen. Nun überrascht es nur noch wenig, dass es sich bei diesen Parteien vorwiegend um Parteien handelt, die sich im politischen Spektrum deutlich rechts einordnen und europakritisch auftreten, wie die AfD in Deutschland oder „The Brexit Party“ in Großbritannien.

4.2 Kritische Würdigung der Ergebnisse sowie der bestehenden Literatur

Auch wenn die vorliegende Untersuchung einen systematischen Überblick darüber bietet, in welchen Ländern und bei welchen Parteien die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 von der Einstellung zur Europäischen Integration abhing, so sieht sich diese empirische Untersuchung auch mit einigen Hindernissen konfrontiert. Im folgenden Abschnitt wird daher auf einige Probleme bei der Herangehensweise an dieses Forschungsthema aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass sich auch die bestehende Forschungsliteratur einem Großteil dieser Schwachstellen ausgesetzt sieht.

Ein erstes Problem dieser Arbeit, das sich unmittelbar aus dem vorhandenen Datenmaterial ergibt, ist die hohe Zahl an Ausfällen bei einzelnen Werten für die abhängige Variable („Missings“), herbeigeführt durch die hohe Zahl an Nichtwählern. Ungarn, Schweden und Großbritannien fallen in dieser Hinsicht negativ auf, da hier über 28% der Befragten angegeben haben, nicht zur Wahl gegangen zu sein. In Kroatien lag die Zahl sogar knapp über 40%. Für die vorliegende Analyse sind diese hohen Anteile an Nichtwählern bedauerlich, da die Forschungsfrage der Arbeit lautet, wie die Wahlentscheidung von europäischen Themen

beeinflusst wurde. Es geht also nicht darum zu untersuchen, ob Menschen überhaupt zur Wahl gehen oder nicht. Sondern im Vordergrund steht die Frage, für welche Partei sie sich entscheiden, vorausgesetzt sie nehmen an der Wahl überhaupt teil. Das hat zur Folge, dass in der Zufallsstichprobe alle Menschen, die der Europawahl 2019 ferngeblieben sind, von vornherein nicht in der Analyse berücksichtigt werden können. Ist diese Zahl, wie in den vier genannten Fällen sehr hoch, verschlechtert das die Aussagekraft der Messergebnisse.

Ähnlich verhält es sich mit der Kontrollvariable der Parteiidentifikation. Auch hier haben viele Befragte angegeben, sich mit keiner politischen Partei zu identifizieren. Neben dieser hohen Zahl an Ausfällen hat die Analyse dieser Arbeit ergeben, dass eine sehr hohe Korrelation zwischen der Parteiidentifikation und der abhängigen Variable besteht. Für zahlreiche Parteien ließen sich daraufhin keine Regressionsmodelle mehr von STATA berechnen, da das Pseudo-R² zu hohe Werte angenommen hat und teilweise sogar bei 1,00 lag. Aus diesem Grund wurde in dieser Arbeit nicht untersucht, ob die Wahlentscheidung davon abhing, dass sich jemand mit genau dieser Partei identifiziert oder mit einer anderen. Stattdessen wurde die Parteiidentifikation als Dummy verstanden, die misst, ob sich ein(e) WählerIn überhaupt mit irgendeiner politischen Partei identifiziert oder nicht. Dieses Vorgehen verbessert zunächst die Qualität der Messergebnisse, da die Zahl an Missings so deutlich zurückging und sich die Aussagekraft der Regressionsmodelle dadurch erhöht hat. Allerdings folgt die jetzige Interpretation der Parteiidentifikation nicht mehr der Logik von Campbell et al. (1954). Diese sind davon ausgegangen, dass die Wahlentscheidung davon bestimmt wird, wie stark sich die WählerInnen gerade mit dieser Partei identifizieren, an die ihre Stimme ging und nicht ob sie sich überhaupt mit einer politischen Partei identifizieren oder nicht (Campbell et al. 1954: 111). Dadurch kann in dieser Arbeit keine Aussage mehr getroffen werden, ob der sozialpsychologische Wahlansatz für die Europawahl Gültigkeit besitzt. Zwar gibt es weiterhin die Dimension der Themenorientierung, jedoch entfallen nun die anderen beiden Faktoren Parteiidentifikation und Kandidatenorientierung, was eine Überprüfung dieses Ansatzes in Bezug auf die Europawahl deutlich erschwert.

Eine weitere Schwäche des Datensatzes besteht in der Auswahl der zur Bewertung gestellten Parteien. Wie im Theorienteil erwähnt, wurden die Befragten der EES 2019 gebeten, sieben (bzw. in Schweden acht) Parteien sowohl darin einzuschätzen, wie sie zur Europäischen Integration stehen, als auch wo sie auf der politischen Links-Rechts Achse zu verorten sind.

Leider handelt es sich bei diesen Parteien nicht immer um diejenigen sieben (bzw. acht) Parteien, die auch bei der Europawahl 2019 in einem Land die meisten Stimmen erhielten. Das hat zur Folge, dass in dieser Arbeit Aussagen über Parteien möglich wären, die einen kaum bedeutenden Stimmenanteil aufweisen konnten. Am Beispiel Deutschlands war die Piratenpartei unter den sieben Parteien, die im Datensatz zur Bewertung standen. Diese zählte jedoch nicht zu den sieben stärksten Parteien, dort wäre stattdessen die Partei „DIE PARTEI“ vorzufinden. Bei dieser ist jedoch im Datensatz kein Material über die EU-Einstellung und die Links-Rechts Verortung erhoben worden. Diese geringe Zahl an Stimmen einiger Parteien (die sich nicht nur im endgültigen Wahlergebnis, sondern auch im Umfragedatensatz ausdrückt) erschwert es, auf Basis eines inferenzstatistischen Verfahrens aussagekräftige Erklärungen darüber zu treffen, welche Faktoren die Wahl dieser Partei begünstigen oder verhindern. Um diesem Problem vorzubeugen, wurden unter den zur Verfügung stehenden Parteien nur solche berücksichtigt, die von mindestens 20 befragten Personen als gewählt angegeben wurden, was leider zur Folge hatte, dass für einige kleinere Parteien kein Regressionsmodell geschätzt wurde. Somit sind in Tabelle 1 nicht für jedes Land sieben Parteien aufgelistet, da einige Parteien wegen zu geringer Stimmenanteile exkludiert wurden. Davon betroffen ist beispielsweise auch die Piratenpartei in Deutschland. Aber auch in Kroatien wurden die Parteien MOST, START und Bandic aus diesem Grund nicht berücksichtigt. Dieses Land hat sich allgemein bei der Analyse als kompliziert herausgestellt. Einerseits wegen der hohen Zahl an NichtwählerInnen, andererseits aber auch, weil die im Datensatz zur Bewertung stehenden Parteien zusammengerechnet nur einen Stimmenanteil von unter 60% erhielten. Beides erschwert das Aufstellen von Behauptungen über das Wahlverhalten in Kroatien.

Ein weiteres Problem neben den eben geschilderten Beobachtungsausfällen stellt sich bei der Untersuchung der „politischen Bildung“ als Kontrollvariable. Ein Ergebnis der Studie von De Vries et al. (2011) lautet, dass im Jahr 2009 in acht EU-Ländern der Zusammenhang zwischen EU-Distanz und Wahlentscheidung von der politischen Bildung der Wählerinnen und Wähler abhing (De Vries et al. 2011: 25). Diese Vermutung begründen die AutorInnen damit, dass die hohe Komplexität des Europathemas, sowie dessen Abwesenheit vom alltäglichen Leben der meisten Menschen dafür sorgen, dass nur diejenigen Personen mit hoher politischer Bildung in der Lage sind, auf Basis ihrer tatsächlichen Einstellung zur Europäischen Integration eine Wahlentscheidung zu treffen (De Vries et al. 2011: 18). Folglich ist anzunehmen, dass die

politische Bildung einen Interaktionseffekt auf den Zusammenhang zwischen der EU-Distanz und der Wahlentscheidung ausübt, weshalb es untersuchenswert scheint, ob die politische Bildung auch bei der Europawahl 2019 einen Interaktionseffekt ausgeübt hat.

Auf Basis des verwendeten Umfragedatensatzes von 2019 ist es jedoch problematisch, die „politische Bildung“ einer befragten Person zu untersuchen. Hier findet sich nur eine einzige Variable, die dafür als Indikator in Frage kommt. Hierbei sollten die Befragten angeben, ob sie die drei Spitzenkandidaten Manfred Weber, Frans Timmermans und Jan Zahradil ihrer jeweiligen Partei zuordnen können. Diese Frage alleine ist jedoch nicht ausreichend, um zu untersuchen, ob eine Wählerin nun politisch gebildet ist oder eher nicht. In einer bisherigen Studie zum Einfluss der politischen Bildung bei Europawahlen kommen Braun & Tausendpfund (2019) zu dem Ergebnis, dass im EES Datensatz von 2014 drei ausgewählte Spitzenkandidaten nur in unter 20% der Fälle ihren jeweiligen Parteien richtig zugeordnet werden konnten. Hingegen wurden andere Fragen (z.B. ob die Schweiz der EU angehört, ob alle Mitgliedsstaaten die gleiche Anzahl an Abgeordneten für das Europäische Parlament wählen oder welcher Partei Angela Merkel angehört) in über 50% der Fälle richtig beantwortet (Braun & Tausendpfund 2019: 217). Zur Verallgemeinerung dieser Ergebnisse schlagen Braun & Tausendpfund einen „additiven Index“ vor, der die Antworten zu allen Fragen kombiniert (Braun & Tausendpfund 2019: 218). Der in dieser Arbeit verwendete EES Datensatz von 2019 enthält jedoch leider nur die Frage nach der Zuordnung von Spitzenkandidaten als Messgröße für politische Bildung. Die Etablierung eines solchen additiven Indexes ist folglich für die Studie von 2019 nicht erstellbar, weswegen die „politische Bildung“ mit dem verwendeten Datensatz nicht sinnvoll messbar ist. Daher wurde im vorliegenden Modell auf die Inkludierung dieser Variable verzichtet, obwohl sie vom theoretischen Kontext her durchaus relevant gewesen wäre. Schließlich konnte bei der Europawahl 2014 nachgewiesen werden, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung mit dem politischen Wissen der Menschen positiv zusammenhing (Braun & Tausendpfund 2019: 230).

Ein ähnliches Problem stellt sich jedoch auch der Studie von De Vries et al. (2011). Der dort verwendete EES – Datensatz von 2009 deckt zwar mehr politische Bereiche ab als der Datensatz von 2019, jedoch ist auch hier die Messung der politischen Bildung auf Basis der Richtigkeit bestimmter Aussagen unzureichend. Insbesondere im Hinblick auf die von den Autoren selbst angesprochene Komplexität des Themas, wäre eine umfassendere

Operationalisierung der politischen Bildung notwendig gewesen, um brauchbare Aussagen darüber treffen zu können, ob und wie die politische Bildung den Zusammenhang zwischen EU-Distanz und Wahlentscheidung beeinflusst. Dazu kommt, dass die Autoren in ihrer Studie selbst darauf aufmerksam machen, dass zur Messung der politischen Bildung neben politischem Wissen genauso politisches Interesse untersucht werden müsste (De Vries et al. 2011: 18).

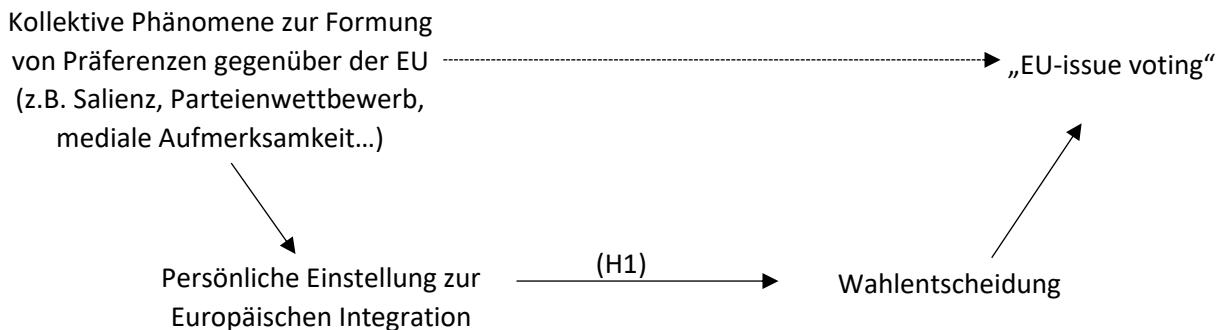
Neben der politischen Bildung existiert noch eine Vielzahl weiterer theoretisch relevanter Variablen, die nicht in das Regressionsmodell inkludiert werden konnten. Der hier empirisch untersuchte Zusammenhang zwischen der EU-Distanz und der Wahlentscheidung stellt ein individuelles Phänomen dar, da es darum geht, das Verhalten eines Einzelnen empirisch zu untersuchen. Untersucht wird also ein Zusammenhang auf der Mikroebene. Wie Esser (1999) ausführt, kann ein solcher Zusammenhang jedoch keine Antwort auf die Frage geben: „unter welchen Bedingungen die Akteure die eine oder die andere der jeweils bedeutsamen Handlungsalternativen wählten“ (Esser 1999: 92). Allgemein liegt das Hauptanliegen der sozialwissenschaftlichen Forschung auch nicht in der Untersuchung individueller Verhaltensmuster, sondern vielmehr in der Erklärung sozialer Phänomene (Coleman 1991: 2). Übertragen auf den Kontext der Europawahlen zielt eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung also nicht darauf ab herauszufinden, aus welchem Grund ein einzelner Akteur gerade für diese Partei stimmt, sondern unter welchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Wahlentscheidungen zustande kommen. Mit Hartmut Esser (1999) gesprochen geht es also um „die Rekonstruktion der sozialen Situation, der sich die Akteure ausgesetzt sehen“ (Esser 1999: 94). Zur Lösung solcher Konflikte zwischen der Mikro- und der Makroebene hat sich in der Sozialwissenschaft der Ansatz der „Coleman'schen Badewanne“ etabliert (Greve et al. 2008: 7-8). In seinem Buch „Grundlagen der Sozialtheorie“ erklärt Coleman (1991) dieses Modell anhand von Beispielen aus Max Webers „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ sowie der „Revolutionstheorie“ (vgl. Coleman 1991: 7, 12). Aus Platzgründen wird in dieser Arbeit darauf verzichtet, das Modell zunächst allgemein zu erklären. Stattdessen erfolgt gleich die Anwendung auf den Gegenstand der Europawahlen.

Überträgt man den Grundgedanken Colemans auf Wahlverhalten bei Europawahlen, so erzeugen Phänomene wie die EU-Salienz, das Ausmaß des Parteienkonflikts oder die mediale Aufmerksamkeit bei den Menschen bestimmte Einstellungen gegenüber der EU. Diese

Einstellungen wurden im vorgestellten Regressionsmodell durch die Frage ausgedrückt, wie die Wählerinnen und Wähler die Europäische Integration beurteilen. Es handelt sich hierbei also um eine Kontexthypothese, da von einem gesellschaftlichen Phänomen auf die Individualebene geschlossen wird (Diekmann 2009: 135). Im zweiten Schritt geht es nun darum, dass aus diesen, durch kollektive Phänomene geformten, Einstellungen zur EU ein konkretes Wahlverhalten hervorgeht. In der vorliegenden Arbeit wurde dieser Schritt durch die Hypothese H1 ausgedrückt. Es handelt sich somit um das eigentliche Phänomen, das empirisch untersucht wurde. Aus diesem individuellen Wahlverhalten ergibt sich nun wieder ein kollektives Phänomen. In diesem Fall ist das Kollektivphänomen die Frage, ob die Europawahl 2019 nun eine wirkliche Europawahl oder doch wieder eine „second order election“ war.

Das in dieser Arbeit geschätzte Regressionsmodell untersucht lediglich einen Zusammenhang auf der Individualebene, da es darum ging zu untersuchen, wie sich die individuelle Einstellung zur Europäischen Integration auf die persönliche Wahlentscheidung ausgewirkt hat. Unberücksichtigt bleiben hingegen die Einflussfaktoren auf der Makroebene, die für das Zustandekommen dieser Einstellungen zur Europäischen Integration verantwortlich sind. Die Prüfung solcher Kontexthypothesen gelingt jedoch nur mittels einer Mehrebenenanalyse (Diekmann 2009: 137). Da diese, aufgrund ihrer Komplexität, den Rahmen der Arbeit deutlich sprengen würde, konnten diese kollektiven Einflussfaktoren in diesem Regressionsmodell nicht untersucht werden. Somit bleibt die sozialwissenschaftlich interessante Frage, welche strukturellen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit es bei einer Europawahl zu „EU issue voting“ kommt, unbeantwortet. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht diese Problematik:

Abbildung: Die Colemann'sche Badewanne in Anwendung auf die Europawahl 2019



Ein weiteres Problem der bestehenden Literatur ist, dass in den meisten Publikationen partezuspezifische Unterschiede im Auftreten von „EU-issue voting“ vernachlässigt werden. So erkennen es beispielsweise De Vries et al. (2011) als Ergebnis an zu sagen, ob es in einem Land zu „EU-issue voting“ gekommen ist oder nicht. Gleichermaßen gilt für Tillman (2004) und De Vries (2007). Auch De Vries & Tillman (2011) geben sich mit der Aussage zufrieden, dass „EU-issue voting“ in den Ländern Osteuropas stärker ausgeprägt ist als in Westeuropa. Die Analyse in der vorliegenden Arbeit hat jedoch gezeigt, dass sich in einigen Ländern die Parteien darin unterscheiden, ob sie aufgrund europäischer Themen gewählt wurden oder nicht. Zu diesem Ergebnis kommt auch die im Theorienteil diskutierte Studie von De Vries (2010). Es wird also der Komplexität des Ergebnisses nicht gerecht, wenn nur das Land als Ganzes untersucht wird, anstatt dass jede Partei für sich genommen betrachtet wird. Um diesem Problem entgegenzutreten, wurde in dieser Arbeit eine partezuspezifische Analyse vorgenommen. Diese ist zwar sehr umfangreich, die Vorgehensweise aus der Studie von De Vries (2010), nämlich partezuspezifische Unterschiede im Auftreten von „EU-issue voting“ zu suchen, sollte jedoch in allen empirischen Studien Anwendung finden, was bedauerlicherweise nicht der Fall ist.

Das nächste Problem stellt sich bei der Operationalisierung des Begriffs „Europathema“. In der Literatur wird „EU-issue voting“ definiert als: „the impact of European preferences on vote choices“ (De Vries & Hobolt 2016: 105). Um diese „europäischen Präferenzen“ messen zu können, wird in der bestehenden Literatur, so wie in dieser Arbeit auch, häufig die Einstellung der Menschen zur Europäischen Integration als Indikator herangezogen (z.B. De Vries 2007; De Vries & Tillman 2011; De Vries et al. 2011). Alternativ wurde auch die Frage vorgeschlagen, wie die Mitgliedschaft des jeweiligen Landes zur EU angesehen wird (z.B. Tillman 2004). Beide Varianten haben jedoch den entscheidenden Nachteil, dass sie nicht in der Lage sind, die Meinung einer Wählerin oder eines Wählers über die Europäische Union vollständig abzudecken. Dazu kommt, dass diese Indikatoren in der bestehenden Literatur an anderer Stelle mit der Einstellung der Menschen zur EU fälschlicherweise gleichgesetzt werden (z.B. De Vries 2007: 378; De Vries 2010: 90). Beispielsweise könnte ein Wähler die Mitgliedschaft seines Landes zur EU sowie den Europäischen Integrationsprozess grundsätzlich positiv bewerten, in einem ausgewählten Politikfeld (z.B. Migrationspolitik) jedoch eine nationalstaatliche Lösung vorziehen. Es könnte demnach passieren, dass die Wahlentscheidung bei der Europawahl durch die Einstellung zur Migrationspolitik der EU

beeinflusst ist und nicht durch die allgemeine Einstellung zur Europäischen Integration. In diesem Fall würde nach der Definition von De Vries & Hobolt (2016) „EU-issue voting“ vorliegen, da es ja ein europäisches Thema war, das die Wahlentscheidung beeinflusst hat. Der Regressionskoeffizient für die Einstellung zum Integrationsprozess würde dies jedoch nicht anzeigen. Analog gilt dieses Problem auch für die „Links-Rechts Selbsteinschätzung“ als nationales Entscheidungskriterium. Um in dieser Arbeit zumindest eine Teillösung für dieses Problem anbieten zu können, wurde zusätzlich noch das Vertrauen in das Europäische sowie in das jeweilige nationale Parlament als Kontrollvariable hinzugezogen. Somit wurden in dieser Arbeit immerhin zwei verschiedene Kriterien untersucht, um „European preferences“ (De Vries & Hobolt 2016: 105) zu messen. Jedoch sei darauf hingewiesen, dass auch auf diesem Weg die Einstellung gegenüber der EU nicht hinreichend erklärt werden kann. Da in der EES 2019 keine weiteren Fragen zur persönlichen Einstellung im Hinblick auf die EU erhoben wurden, ist eine bessere Messung auf Basis des vorhandenen Datenmaterials leider nicht möglich.

Als abschließenden Kritikpunkt der bestehenden Literatur wird erwähnt, dass in allen Publikationen, die „EU-issue voting“ bei den untersuchten Europawahlen feststellen konnten, nicht untersucht wird, ob es sich trotz dieses beobachteten Einflusses doch um eine „second order election“ gehandelt haben könnte. Nach Reif & Schmitt (1980) lauten die drei Hauptkriterien einer „second order election“: geringere Wahlbeteiligung, Stimmenverluste für nationale Regierungsparteien sowie Gewinne für kleinere und neuere Parteien (Reif & Schmitt 1980: 9). Diese drei Kriterien könnten auch gelten, wenn das Europathema einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung besitzt. In bestehenden Studien werden Europawahlen zu Beginn auch immer als „second order elections“ eingeführt. Nachdem das Ergebnis diskutiert wurde, dass die Einstellung zur Europäischen Integration einen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte, wird die Theorie der „second order election“ nicht mehr erwähnt. Womöglich gilt sie für die AutorInnen auf Basis ihres Testergebnisses als widerlegt. Um jedoch endgültig sicherzustellen, dass die Europawahl keine „second order election“ war, wäre es zusätzlich notwendig auszuschließen, dass eines der drei Kriterien von Reif & Schmitt (1980) gilt. Dies wird jedoch in bestehenden Publikationen ausgelassen. Um dieses Defizit zu beheben, wird in dieser Arbeit im folgenden Kapitel eine solche Überprüfung der drei Kriterien vorgenommen.

5. Die Europawahl 2019 – „still second order“?

Nachdem die Analyse dieser Arbeit ergeben hat, dass die Einstellung zum Europäischen Integrationsprozess nur in einzelnen Fällen für die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 ausschlaggebend war, stellt sich nun die Frage, ob die Europawahl 2019 wieder eine „second order election“ gewesen ist. Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnt, wird in der bestehenden Literatur stets davon ausgegangen, dass es ein Entweder - Oder zwischen beiden Theorien gibt, also immer nur eines von beiden zutreffen kann. Die Merkmale einer „second order election“ von Reif & Schmitt (1980: 9) können jedoch auch unabhängig davon gelten, ob die Wahl von europäischen Themen geprägt war oder nicht.

Das erste Merkmal einer „second order election“ nach Reif & Schmitt (1980) ist die geringere Wahlbeteiligung bei Europawahlen, herbeigeführt durch die Tatsache, dass dort weniger auf dem Spiel steht (Reif & Schmitt 1980: 9). Tabelle 3 auf der nächsten Seite bietet einen Vergleich der Wahlbeteiligungen der Europawahl 2019 in den untersuchten acht Mitgliedsstaaten. Das Ergebnis zeigt, dass in sechs von acht Ländern die Wahlbeteiligung bei der Europawahl deutlich unter der Wahlbeteiligung für die jeweils letzte nationale Parlamentswahl lag. In Griechenland lagen die Wahlbeteiligungen nahe beieinander, bei der Europawahl war diese sogar mit 58,7% etwas höher als bei der dortigen letzten Parlamentswahl. Das einzige Land, das hinsichtlich der Wahlbeteiligung aus der Reihe fällt, ist Rumänien. Hier lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl mit 51,2% um 11,7 Prozentpunkte deutlich höher als bei der letzten nationalen Parlamentswahl.

Neben der Wahlbeteiligung gilt es nach der Argumentation von Reif & Schmitt (1980) auch zu untersuchen, ob Regierungsparteien Stimmen verlieren und kleine und neue Parteien Stimmen gewinnen. Hobolt & Spoon (2012) ergänzen, dass sich diese Stimmengewinne insbesondere auf grüne Parteien und Anti-Europa Parteien beziehen (Hobolt & Spoon 2012: 718). Tabelle 4 bietet für alle untersuchten Länder einen direkten Vergleich zwischen Stimmenanteilen. Hierbei fällt auf, dass in den meisten Ländern Regierungsparteien tatsächlich Stimmen verloren haben, im Vergleich zur letzten nationalen Parlamentswahl. Dies trifft zu auf Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Rumänien und Kroatien.

Tabelle 3: Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 und nationalen Wahlen im Vergleich

	Wahlbeteiligung Europawahl 2019 in %	Wahlbeteiligung letzte nat. Wahl in %	Veränderung in Prozent- punkten	Jahr der letzten nat. Wahl	Zyklus der nat. Wahlen
Deutschland	61.4	76.2	14.8	2017	alle 4 Jahre
Großbritannien	37.2	68.9	31.7	2017	alle 5 Jahre
Griechenland	58.7	56.6	-2.1	2015	alle 4 Jahre
Spanien	60.7	75.8	15.1	2019	alle 4 Jahre
Schweden	55.3	87.2	31.9	2018	alle 4 Jahre
Ungarn	43.6	69.7	26.1	2018	alle 4 Jahre
Rumänien	51.2	39.5	-11.7	2016	alle 4 Jahre
Kroatien	29.9	52.6	22.7	2016	alle 4 Jahre

In Spanien und Ungarn konnten die Regierungsparteien Stimmen gewinnen. Zwar waren nicht in allen Ländern grüne Parteien bei der Europawahl unter den stärksten sechs, jedoch lässt sich beobachten, dass in Deutschland und Großbritannien grüne Oppositionsparteien deutlich stärker abschnitten als bei der vergangenen nationalen Wahl. Auch in Schweden erhielt die „Green Ecology Party“ deutlich mehr Stimmen als bei der nationalen Wahl. Allerdings ist hier anzumerken, dass diese Partei in Schweden in Regierungsverantwortung steht. Diese Beobachtung stützt die These, dass grüne Parteien besser abschneiden, widerlegt jedoch für dieses Land die Aussage, dass Regierungsparteien Stimmen verlieren. Die ungarische Umweltpartei „Politics can be different“ erhielt hingegen bei der Europawahl weniger Stimmen als bei der vergangenen nationalen Wahl. Überraschend fällt das Ergebnis bei rechten Parteien aus. Lediglich die Partei UKIP in Großbritannien konnte bei der Europawahl mehr Stimmen erzielen als bei der letzten nationalen Wahl. In Rumänien befand sich unter den stärksten sechs Parteien keine, die im ParlGov – Datensatz als rechte Partei kodiert wurde. In allen anderen Ländern erhielten rechte Parteien bei der Europawahl stets weniger Stimmen als bei der letzten nationalen Wahl.

Tabelle 4: Wahlergebnisse der Europawahl und der nationalen Wahlen im Vergleich

Land	Partei	Ergebnis EP-Wahl 2019	Ergebnis letzte nat. Wahl
Deutschland	CDU/CSU	28.9	33.0
	SPD	15.8	20.5
	Grüne	20.5	8.9
	Linke	5.5	9.2
	FDP	5.4	10.7
	AfD	11.0	12.6
Großbritannien	Conservative Party	9.1	42.5
	Labour Party	14.1	40.0
	Liberal Democrats	20.3	7.4
	Green Party	12.1	1.6
	UKIP	3.3	1.8
	Scottish National Party	3.6	3.0
	Brexit Party	31.6	-
Griechenland	SYRIZA	23.8	35.5
	Independent Greeks	1	3.7
	New Democracy	33.1	28.1
	Communist Party of Greece	5.4	5.6
	Panhellenic Socialist Movement	7.7	6.3
	Golden Dawn	4.9	7.0
	Greek Solution	4.2	-
Spanien	Spanish Socialist Worker's Party	32.9	28.7
	United we can (Podemos)	10.1	11.1
	Republican Left of Catalonia	5.6	3.9
	Popular Party	20.2	16.7
	VOX	6.2	10.3
	Party of the Citizenry	12.2	15.9
Schweden	Social Democrats	23.5	28.3
	Sweden Democrats	15.3	17.5
	Green Ecology Party	11.5	4.4
	Left Party	6.8	8.0
	Centre Party	10.8	8.6
	Liberal People's Party	4.1	5.5
	Moderate Coalition Party	16.8	19.8
	Christian Democrats	8.6	6.3
Ungarn	FIDESZ/Christ. Dem. People's Party	52.6	49.3
	Democratic Coalition	16.1	5.4
	Momentum Movement	9.9	3.1
	JOBBIK	6.3	19.1
	Hungarian Socialist Party	6.6	11.9
	Politics can be different	2.2	7.1
	Our Homeland Movement	3.3	-

Rumänien	Social Democratic Party	22.5	45.5
	Save Romania Union(-PLUS)	22.4	8.9
	Alliance of Liberals and Democrats	4.1	5.6
	PRO Romania	6.4	-
	People's Movement Party	5.8	5.4
	Dem. Union of Hungarians	5.3	6.2
	National Liberal Party	27.0	20.0
Kroatien	Croatian Democratic Union	22.7	35.2
	Social Democratic Party of Croatia	18.7	32.2
	Human Shield	5.7	5.9
	MOST	4.7	9.4
	Croatian People's Party	2.6	-

Anmerkung: *Markierte Parteien stehen auf nationaler Ebene in Regierungsverantwortung, beachtet werden jeweils die sechs stärksten Parteien bei der Europawahl 2019*

Trägt man nun alle Ergebnisse dieser Arbeit zusammen, ergibt sich folgendes Bild: In allen acht untersuchten Ländern lässt sich die Europawahl 2019 unter dem Begriff „still second order“ zusammenfassen. Bei der logistischen Regressionsanalyse hat sich von allen untersuchten Variablen die politische Links-Rechts Einstellung mit Abstand als die aussagekräftigste Einflussgröße auf die Wahlentscheidung herausgestellt. Die ebenfalls untersuchte Einstellung zur Europäischen Integration hat hingegen nur in vereinzelten Fällen eine Auswirkung auf die Wahlentscheidung gehabt. Auch von allen weiteren berücksichtigten Kontrollvariablen geht kein besonders starker Einfluss aus. Dazu kommt, dass in den meisten untersuchten Ländern nicht nur die „EU-issue voting“ Hypothese für zahlreiche Parteien abgelehnt werden muss, sondern auch die allgemeinen Kriterien einer „second order election“ nach Reif & Schmitt (1980) erfüllt sind. So war in fast allen Ländern die Wahlbeteiligung bei der Europawahl geringer als bei der zurückliegenden nationalen Wahl. Gleichzeitig haben nationale Regierungsparteien in einigen Ländern Stimmen verloren, während gleichzeitig grüne Oppositionsparteien deutliche Erfolge verzeichnen konnten.

Jedoch gilt es auch einige nationale Unterschiede in den Ergebnissen zu berücksichtigen. Die deutlichsten Anzeichen für eine „second order election“ waren in Großbritannien und Schweden erkennbar. Der Einfluss der EU-Distanz war in beiden Ländern gar nicht beziehungsweise extrem schwach vorhanden. Gleichzeitig waren die Wahlbeteiligung sowie

die Stimmenanteile der größeren Regierungspartei in beiden Ländern deutlich geringer als bei der letzten nationalen Wahl.

Ein überraschendes Ergebnis ergibt sich bei der Analyse für Rumänien und Ungarn. Zwar ist auch hier der Einfluss der Links-Rechts Einschätzung am deutlichsten, jedoch lässt sich sagen, dass von allen untersuchten Ländern in diesen beiden am ehesten von einem wirklichen Wettbewerb um europäische Themen ausgegangen werden kann. Das liegt an dem vergleichsweise hohen Stimmenanteil derjenigen Parteien, bei denen sich die EU-Distanz signifikant auf die Wahl ausgewirkt hat. Für Rumänien kommt noch eine höhere Wahlbeteiligung bei der Europawahl hinzu, im Vergleich zur dortigen letzten nationalen Wahl. Ob dieses Ergebnis jedoch kausal auf die Dauer der EU-Mitgliedschaft oder die geographischen Lage dieser Länder zurückzuführen ist, lässt sich nicht eindeutig sagen.

6. Fazit

In dieser Bachelorarbeit wurde die Frage untersucht, wodurch Wahlentscheidungen bei der Europawahl 2019 zustande kamen. Als Erklärungsansätze standen hierbei die Theorie der Europawahl als „second order election“ (Reif & Schmitt 1980) und die Theorie des „EU-issue voting“ bezogen auf Europawahlen gegenüber. Somit ging es um die Frage, ob es sich bei der Europawahl 2019 um eine „wirkliche“ Europawahl gehandelt hat, bei der auch tatsächlich die Einstellung der WählerInnen zum Europäischen Integrationsprozess ausschlaggebend war, oder ob die Wahlentscheidung eher von politischen Entwicklungen auf der nationalen Ebene bestimmt war.

Zur empirischen Überprüfung dieser Theorien wurden in acht ausgewählten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für jeweils sieben (bzw. in Schweden acht) Parteien separate logistische Regressionsmodelle geschätzt. Die hierbei interessierende Frage lautete, ob eine steigende ideologische Distanz zwischen einem Wähler und einer bestimmten Partei bezüglich der Bewertung der Europäischen Integration dazu führt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese Partei gewählt wird, signifikant sinkt.

Die untersuchten Länder unterscheiden sich hinsichtlich der Ergebnisse. Dennoch lässt sich mit Blick auf die insgesamt 51 beobachteten Parteien sagen, dass sich die EU-Distanz nur in einzelnen Fällen signifikant negativ auf die Wahlentscheidung ausgewirkt hat. Gleichzeitig konnte ein deutlicher Effekt zwischen der Wahlentscheidung und der politischen Links-Rechts Einschätzung festgestellt werden. Von den untersuchten Kontrollvariablen hat sich keine als einflussreich herausgestellt. Die aufgestellte „EU-issue voting“ Hypothese musste folglich für die meisten Parteien zurückgewiesen werden. Ähnlich verhält es sich auch mit allen weiteren aufgestellten Hypothesen über mögliche Ursachen von „EU-issue voting“ Der in der Literatur festgestellte Zusammenhang zwischen der EU-Einstellung und der Wahlentscheidung in nationalen Wahlen ist somit nicht auf die europäische Ebene übergeschwappt, der im Theorieteil angesprochene mögliche „Spillover“-Effekt ist ausgeblieben. Auch ist offensichtlich die Politisierung des Europathemas noch nicht weit genug fortgeschritten, um Europawahlen den Status einer nationalen Nebenwahl zu entziehen.

Jedoch hat diese Arbeit auch Einschränkungen. Eine Vielzahl an theoretisch relevanten Variablen konnte nicht in das Regressionsmodell aufgenommen werden, teilweise aufgrund einer wenig sinnvollen Operationalisierung, aber auch aufgrund einer unterschiedlichen Lage auf der Makro-Mikro Ebene. Zudem offenbart der verwendete Datensatz der European Election Study 2019 einige Schwächen, wie beispielsweise die hohe Zahl an „Missings“ bei der Wahlentscheidung aufgrund der hohen Zahl an Nichtwählern. Hinzu kommt, dass in dieser Arbeit aus Platz- und Zeitgründen keine Untersuchung aller 28 Länder durchgeführt werden konnte, die an der Europawahl 2019 teilnahmen. Stattdessen musste sich die Analyse auf acht Länder beschränken, was zur Folge hatte, dass die vorgestellten Ergebnisse kein gesamteuropäisches Bild abgeben können, sondern nur in Bezug auf den jeweils untersuchten Mitgliedsstaat eine Aussage treffen können.

Neben einer selbstständigen Analyse konnten in dieser Arbeit auch noch zahlreiche methodische Probleme diagnostiziert werden, die in der bestehenden Forschungsliteratur auftauchen. Zukünftige wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dieser Thematik sollten in der Lage sein, auf diese diskutierten Probleme eine angemessene Lösung zu finden, um somit die Gefahr verzerrter oder unvollständiger Messergebnisse minimal zu halten.

Insbesondere sollte eine parteienspezifische Analyse vorgenommen werden, um den Zusammenhang zwischen der EU-Distanz und der Wahlentscheidung zu untersuchen. Die

Arbeit hat gezeigt, dass bisher getroffene Aussagen darüber, ob es in einem Land allgemein zu „EU-issue voting“ kommt oder nicht, der Komplexität des Themas nicht gerecht werden. Um zudem gesamteuropäische Aussagen über das Zustandekommen von Wahlentscheidungen anstellen zu können, sollten alle Mitgliedsstaaten der EU hinzugezogen werden. Ein derartiges Projekt stellt zwar einen enormen Aufwand dar, ist jedoch hinsichtlich der Ergebnisse lohnenswert, da so publikationswürdige Aussagen über allgemeine Tendenzen innerhalb der EU aufgestellt werden könnten. Auch sollte in zukünftigen Arbeiten auf eine Mehrebenenanalyse zurückgegriffen werden, um Aussagen über einen sozialwissenschaftlich interessanten Zusammenhang auf der Makro-Ebene treffen zu können.

Sind diese Schwachstellen behoben, so bleibt es abzuwarten, ob im Zuge einer fortschreitenden Europäisierung das Thema „Europäische Integration“ irgendwann doch eine Bedeutung erlangt, die ausreichend ist, um Grund für eine Wahlentscheidung bei der Europawahl zu sein und somit die „Links-Rechts-Einstellung“ als dominierendes Kriterium ersetzt. Wie diese Arbeit gezeigt hat, ließ sich ein derartiger Zusammenhang bei der Europawahl im Mai 2019 (noch) nicht beobachten.

Literaturverzeichnis

Barenberg, Jasper (2019): "Das ist für Europa eine Schicksalswahl". Interview mit Frans Timmermans. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/spitzenkandidat-der-eu-sozialdemokraten-das-ist-fuer-europa.694.de.html?dram:article_id=447396, zuletzt geprüft am 05.01.2020

Braun, Daniela; Tausendpfund, Markus (2019): Politisches Wissen und Europawahlen. In: Bettina Westle und Markus Tausendpfund (Hg.): Politisches Wissen. Relevanz, Messung und Befunde. Wiesbaden: Springer VS, S. 207–236.

Campbell, Angus; Gurin, Gerald; Miller, Warren E. (1954): The Voter Decides. Evanston/Illinois: Row, Peterson and Company.

Coleman, James S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1 - Handlungen und Handlungssysteme. München: R. Oldenbourg Verlag GmbH.

De Vries, Catherine E. (2007): Sleeping Giant: Fact or Fairytale? - How European Integration Affects National Elections. In: *European Union Politics* Vol. 8/3, S. 363–385.

De Vries, Catherine E. (2010): EU Issue Voting: Asset or Liability? How European Integration Affects Parties' Electoral Fortunes. In: *European Union Politics* Vol. 11/1, S. 89–117.

De Vries, Catherine E.; Hobolt, Sara B. (2016): EU Issue Voting in National and European Parliamentary Elections. In: Wouter van der Brug und Claes H. de Vreese (Hg.): (Un)intended Consequences of European Parliamentary Elections. Oxford: Oxford University Press, S. 101–124.

De Vries, Catherine E.; Tillman, Erik R. (2011): European Union issue voting in East and West Europe: The role of political context. In: *Comparative European Politics* Vol. 9/1, S. 1–17.

De Vries, Catherine E.; van der Brug, Wouter; van Egmond, Marcel; van der Eijk, Cees (2011): Individual and contextual variation in EU issue voting: The role of political information. In: *Electoral Studies* 30, S. 16–28.

Diekmann, Andreas (2009): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 20. Auflage. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Dolezal, Martin; Grande, Edgar; Hutter, Swen (2016): Exploring politicisation: design and methods. In: Swen Hutter, Edgar Grande und Hanspeter Kriesi (Hg.): Politicising Europe - Integration and Mass Politics. Cambridge: Cambridge University Press, S. 32–60.

Döring, Holger; Manow, Philip (2019): Parliaments and governments database (ParlGov). Information on parties, elections and cabinets in modern democracies. Development version. Online verfügbar unter <http://www.parlgov.org/>, zuletzt geprüft am 02.01.2020.

Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.

European Elections Study 2019 - Technical Report. Online verfügbar unter <http://europeanelectionstudies.net/wp-content/uploads/2019/11/Technical-Report-Final.pdf>, zuletzt geprüft am 05.12.2019.

Gabel, Matthew (2000): European integration, voters and national politics. In: *West European Politics* (Vol. 23/4), S. 52–72.

Grande, Edgar; Hutter, Swen (2016): Introduction: European integration and the challenge of politicisation. In: Swen Hutter, Edgar Grande und Hanspeter Kriesi (Hg.): *Politicising Europe - Integration and Mass Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3–31.

Grande, Edgar; Hutter, Swen (2016): Is the giant still asleep? The politicisation of Europe in the national electoral arena. In: Swen Hutter, Edgar Grande und Hanspeter Kriesi (Hg.): *Politicising Europe - Integration and Mass Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 90–111.

Grande, Edgar; Kriesi, Hanspeter (2016): Conclusions: the postfunctionalists were (almost) right. In: Swen Hutter, Edgar Grande und Hanspeter Kriesi (Hg.): *Politicising Europe - Integration and Mass Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 279–300.

Greve, Jens; Schnabel, Annette; Schützeichel, Rainer (2008): Das Makro-Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung – zur Einleitung. In: Jens Greve, Annette Schnabel und Rainer Schützeichel (Hg.): *Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung. Zur Ontologie, Methodologie und Metatheorie eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–17.

Hix, Simon; Marsh, Michael (2007): Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections. In: *The Journal of Politics* Vol. 69/2, S. 495–510.

Hobolt, Sara B. (2015): The 2014 European Parliament Elections: Divided in Unity? In: *Journal of Common Market Studies* Vol. 53, S. 6–21.

Hobolt, Sara B.; Spoon, Jae-Jae (2012): Motivating the European voter: Parties, issues and campaigns in European Parliament elections. In: *European Journal of Political Research* 51, S. 701–727.

Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2008): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39, S. 1–23.

Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2012): Politicization. In: Erik Jones, Anand Menon und Stephen Weatherill (Hg.): *The Oxford Handbook of The European Union*. Oxford: Oxford University Press, S. 840–853.

Kohler, Ulrich; Kreuter, Frauke (2017): Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. Berlin/Boston: Walter de Gruyter GmbH.

Krupa, Matthias (2019): Bleib cool, Europa. In: *DIE ZEIT*, 25.04.2019 (18/2019). Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2019/18/europawahl-wahlkampf-parteien-nationalismus-populismus-eu>, zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernard; Gaudet, Hazel (1948): *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.

Lelieveldt, Herman; Princen, Sebastiaan (2015): *The Politics of the European Union*. Cambridge: Cambridge University Press.

Macron, Emmanuel (2019): Für einen Neubeginn in Europa. Online verfügbar unter <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/03/04/fur-einen-neubeginn-in-europa.de>, zuletzt geprüft am 05.01.2020.

Marsh, Michael (1998): Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. In: *British Journal of Political Science* 28, S. 591–607.

Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): Nine second-order national elections - a conceptual framework for the analysis of european election results. In: *European Journal of Political Research* 8, S. 3–44.

Schmitt, Hermann (2005): The European Parliament Elections of June 2004: Still Second Order? In: *West European Politics* (Vol. 28/3), S. 650–679.

Schmitt, Hermann; Hobolt, Sara B.; van der Brug, Wouter; Popa, Sebastian A. (2019): European Parliament Election Study 2019. Voter Study.

Schoen, Harald (2014): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–239.

Tillman, Erik R. (2004): The European Union at the ballot box? - European Integration and Voting Behavior in the New Member States. In: *Comparative Political Studies* 37/5, S. 590–610.

Tömmel, Ingeborg (2014): Das Politische System der EU. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Van der Eijk, Cees; Franklin, Mark N. (2004): Potential for contestation on European matters at national elections in Europe. In: Gary Marks und Marco R. Steenbergen (Hg.): European Integration and Political Conflict. New York: Cambridge University Press, S. 32–50.

ZEIT ONLINE (2019): EU-Kommission verklagt Ungarn wegen Asylgesetzen. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-07/fluechtlingspolitik-eu-kommission-eughungarn-fluechtlingshilfe-kriminalisierung>, zuletzt geprüft am 02.01.2020.